Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 232 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Donnerstag, den 9. Oktober 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 80 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Götzen-Dämmerung.

Halle, den 9. Oktober 1919.

Nach der Revolution war es Parole bei den Unabhängigen geworden: Wir müssen der Massenstimmung nachgeben und die Revolution oder sonstwas vorwärtstreiben. Und getreulich hat die Unabhängige Partei diese Parole befolgt, hat immer den Massen nach dem Munde geredet und den wechselnden unvergorenen Stimmungen nachgegeben, selbst auf die Gefahr hin, daß damit den „Massen" selbst und dem Volksganzen geschadet wurde. Die sogenannte „Massenstimmung" hat man solange toben lassen, bis sie sich ausgetobt hat und gar nicht mehr da ist. Immerwährend kann man in letzter Zeit von den unabhängigen und kommunistischen Führern die Feststellung hören und lesen, daß der „revolutionäre Geist" der Massen erstorben ist.

Sie selbst haben ihn zum Schaden des gesamten Proletariats durch ihre Kurzsichtigkeit und ihren Blödsinn glücklich erdrosselt. Die „Massenstimmung" ist also tot, nun können auch die „Führer" wieder anfangen, halbwegs vernünftige Politik zu treiben. Mancherlei Zeichen, daß dem so ist, sind schon zutage getreten. Der ultraradikale Bremer Henke redet jetzt den gleichen Text wie Kautsky, und vor allem in Leipzig ist der Umschwung auffällig.

Die Leipziger Unabhängigen, die in der Gesamtpartei der Unabhängigen nicht einflußlos sind und fast ja eine ziemlich bedeutende Rolle spielen, haben sich am Freitag in einer stark besuchten Mitgliederversammlung mit der politischen Lage und der Stellung zur Internationale beschäftigt. Kurt Geyer, der bis vor kurzem noch die Leipziger Mitgliederversammlungen der U. S. P. gemeinsam mit seiner Clique (Dynastie Geyer) beherrschte,

wurde arg an die Wand gedrückt.

Er sah davon ab, eine Resolution für die dritte Internationale einzubringen, die man auf alle Fälle abgelehnt hätte. Außer Lipinski von der gemäßigten Richtung, der das Referat des Abends hielt, kamen dann auch weiterhin nur gemäßigte Uzis, wie Seeger, Liebmann usw., zum Wort, die den ultraradikalen Geyer junior unter dem Beifall der Versammlung zusammenhieben. Lipinski stellte fest, daß sich die U. S. P. auf keinen Fall von der zweiten Internationale trennen dürfe. Im übrigen wurde in dieser Frage kein Beschluß gefaßt und die Versammlung vertagt.

Wichtiger war, was so im allgemeinen von den führenden Leipziger „Uzis" über die politische Lage gesagt wurde. Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" hob Lipinski in seinem Referat hervor, daß ein Teil der Genossen seine ganze Hoffnung auf die Nöte im kommenden Winter setze. Diese Genossen glaubten, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Katastrophe führen würden, durch die das Proletariat zur politischen Macht kommen werde. Demgegenüber betone er, daß es vor allem notwendig sei, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus allgemein in den Köpfen der Arbeiter festgesetzt habe. Es komme nicht nur darauf an, die politische Macht zu erobern, sondern vielmehr noch darauf, sie dauernd zu behalten. Nach der Eroberung der politischen Macht beginne erst der große ökonomische Kampf. Dann erst könne die Organisation der Produktion und der Güterverteilung nach sozialistischen Grundsätzen in die Wege geleitet werden.

Ihre Durchführung sei ein langwieriger Prozeß.

Darüber müsse die Arbeiterschaft aufgeklärt werden. Der Beginn der Sozialisierung bringe nicht sofort Wohlstand, sondern erfordere zunächst noch weitere Opfer von der Arbeiterschaft. Das Proletariat müsse sich auf einen langen und schweren Kampf einrichten.

So sagte Herr Lipinski es heute den „Massen", die ihm „lebhaften Beifall" dafür zollten. Vor einem Vierteljahre noch wagte kein unabhängiger Führer etwas Derartiges zu sagen, da fehlte ihnen der Mut dazu. Da sagten solche sozialistischen Selbstverständlichkeiten nur die Mehrheitssozialisten, die dafür weidlich

als Arbeiterverräter geschmäht

wurden, weil die „Uzis" erzählten, daß nach der Erringung der politischen Macht auch der sozialistische Idealstaat da sein müsse und da sein könnte, wenn die verdammten Rechtssozialisten nur — allen Blödsinn mitgemacht hätten.

In demselben Sinne wie Lipinski sprach Seeger. Ein sozialistisches Gebäude könne, so sagte er, nur auf breitester Grundlage errichtet werden. Minderheiten könnten sich nach den gemachten Erfahrungen nicht halten. Diese Experimente kosteten nur unendlich viel Opfer. Die Partei könne aber nicht wie ein Ludendorff mit den Arbeiterleben spielen. **Nicht für Experimente, wohl aber für die Aufklärungsarbeit** brauche man die sozialistisch geschulten Arbeiter als Vortrupp. Aus den den Gewerkschaften zuströmenden Massen müsse die breite Grundlage für den Bau des Sozialismus geschaffen werden. Ein Frevel sei es, wenn man die Gewerkschaften zertrümmern wolle. Geyers Ueberradikalismus tat Seeger mit folgendem treffenden Satz ab: Aehnliche hyperradikale Strömungen seien schon oft in der Partei entstanden und überwunden worden. Kurze Zeit danach habe man einen Teil der Ueberradikalen dann im bürgerlichen Lager finden können. So werde es auch diesmal gehen.

Auch der „Volkszeitungs"-Redakteur Liebmann schlug in die gleiche Kerbe. Er meinte, die ganze Taktik Geyers baue sich auf die Annahme auf, in einigen Monaten haben wir die Revolution und dann werde eine Minderheit des Proletariats die politische Macht erobern. Nun könne man vielleicht mit einer Minderheit den Staatsapparat zerschlagen, es komme doch aber darauf an, die politische Macht dann auch halten zu können und zugleich den Sozialismus aufzubauen. Und das können wir nach Liebmann nur,

wenn die Mehrheit des Volkes will.

Haben wir das je anders gesagt? Nur früher und klarer und schon zu jener Zeit, wo auch Mut dazu gehörte.

Weiter sagte Liebmann dann noch, es sei auch keineswegs sicher, daß die Not im kommenden Winter die von Geyer angenommenen Wirkungen haben werde. **Deshalb dürfe ihm die Partei nicht folgen und alles auf eine Karte setzen,** zumal man bei Geyer von allem anderen als von grundsätzlicher Klarheit reden könne. Hat er doch z. B. in einem Artikel drei verschiedene Parolen für den Parlamentarismus ausgegeben.

Das sind nur einige Beispiele, die aber genügen, um zu beweisen, daß es auch bei den Uzis zu tagen beginnt. Beachtlich ist vor allem, daß den drei genannten Rednern lebhafter Beifall gespendet wurde.

Kurt Geyer hatte vorher gesprochen und festgestellt, daß eine **große Unklarheit in den Anschauungen** innerhalb der U. S. P. vorhanden sei. Aber noch mancherlei andere interessante Sachen hat Kurtchen Geyer ausgeplaudert. **„Die Unabhängigen haben die Revolution gemacht"**, so erzählte uns Ledebour und die gesamte unabhängige Presse immer und immer wieder. Und was sagt der ganz radikale „Volkszeitungs"-Redakteur Geyer?

„Noch drei Tage vor Ausbruch der Revolution seien selbst in der Redaktion der „Volkszeitung" die Meinungen über die Propagierung der A.- und S.-Räte geteilt gewesen."

Hört, hört! Also die Herren Unabhängigen sind überrascht worden und haben die Revolution wohl gar nicht gewollt. Und noch schöner ist, was Geyer über Kautsky sagte: **„Kautskys neueste Ausführungen"**, meint Geyer, **„bedeuteten nichts anderes als eine Rechtfertigung der Rechtssozialisten und eine Verurteilung der Politik der U. S. P."**

Deutlicher kann man nicht werden, und die Zeit wird kommen, wo die gesamte Arbeiterschaft mit dem geistigen Führer des Proletariats Kautsky die Politik unserer Partei rechtfertigen und die unabhängige Politik verdammen wird. Der Gärungsprozeß bei den Uzis wird sich vielleicht schneller vollziehen wie wir denken und dann wird das gesamte Proletariat auf dem Wege zum Sozialismus marschieren, den wir jetzt gehen getreu den Ideen unserer Vorkämpfer.

Der Feind steht rechts.

Noske gegen die Rechte.

Auch der gestrige Tag war ein „großer Tag" in unserem Reichsparlamente. Die Sitzung wurde mit Spannung erwartet. Scheidemann hatte am Dienstag an die Unabhängigen einige genau umschriebene Fragen gestellt, die eine genau umschriebene Antwort erforderten. Diese Antwort erwartete man von Haase, der für die Unabhängigen das Wort nehmen sollte. Unter allgemeiner Ergriffenheit des Hauses teilte der Präsident das fluchwürdige Verbrechen an dem Führer der Unabhängigen Hugo Haase mit. Stehend lauschten die Mitglieder des Hauses den Teilnahmsworten Fehrenbachs. Ein Proletarier hatte in seinem Irrwahn auf den alten Proletarierführer geschossen. Und über dieser traurigen Kunde konnte sich das Haus lange nicht beruhigen. Das Allgemeinmenschliche überbrückte die Parteigegensätze und so stand der Gottseibeiuns Scheidemann mitten unter den Unabhängigen.

Der Reichswehrminister Genosse Noske hatte gestern wieder einen guten Tag, er wandte sich diesmal ausschließlich gegen die Rechte und zwar mit einer Schärfe, wie sie bisher von der Regierungsbank her überhaupt noch nie gehört worden ist. An der Hand eines ausgiebigen Materials wies Noske nach, daß deutschnationale Beeinflussung die Hauptschuld an der Gehorsamsverweigerung der deutschen Truppen im Baltikum trage und an all den gefährlichen Folgen, die dem deutschen Volk aus dieser neuen Verwicklung drohen. Noske konnte weiter unter stärkster Erregung des Hauses die Enthüllung machen, daß an den gefährlichen Treibereien zur Zerrüttung der Disziplin in der Reichswehr die deutschnationale Volkspartei offiziell in hervorragender Weise beteiligt sei. Vor einigen Wochen war versucht worden, eine umfangreiche Flugschrift in die Reihen der Reichswehr einzuschmuggeln, die die Republik und ihre Regierung mit den schmutzigsten deutschnationalen Verleumdungen angriff und ganz unverhüllt für Gehorsamsverweigerung und Verweigerung des Eides auf die Verfassung Stimmung machte. Noske konnte am Mittwoch die Mitteilung machen, daß das gegen die Urheber dieser Flugschrift eingeleitete Strafverfahren bisher folgendes Ergebnis hatte. Die aufrührerische Flugschrift (die ganz nach spartakistischen Vorbildern ohne Angabe des Druckes veröffentlicht wurde), ist in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung", des Organs des Bundes der Landwirte, gedruckt und vom Vorstand der Deutschnationalen Partei dort in Auftrag gegeben worden. Das Haus nahm diese für die Deutschnationalen geradezu zerschmetternde Enthüllung mit stürmischen Entrüstungsrufen auf, und die Debatte wurde geschlossen, ohne daß sich einer der Deutschnationalen zum Wort meldete.

Die Enthüllung Noskes und die äußerst energischen Folgerungen, die er aus ihr zog, vervollständigen das Bild der politischen Aussprache, der Genosse Scheidemann ihre Prägung verliehen hatte mit den Worten: „Der Feind steht rechts!" Der Kampf gegen die wieder übermütig werdende Reaktion ist auf der ganzen Linie entbrannt.

Wir verhehlen nicht, es ist uns eine besondere Freude, daß gerade Noske diesen Kampf mit solcher Schärfe aufgenommen hat. Gegen ihn ist, wie wir glauben nicht ganz mit Unrecht, der Vorwurf erhoben worden, er sehe immer nur die Gefahr des Spartakismus und er unterschätze die Gefahr der Reaktion. Man kann im Grunde genommen den Deutschnationalen nur dankbar dafür sein, daß sie durch ihr plump herausforderndes Treiben auch ihm die Augen geöffnet haben, für uns aber ist es eine Beruhigung, daß an der Spitze des so wichtigen Reichswehrministeriums kein Mann steht, dem die Augen verbunden sind.

Es war ein Unglück, daß Noske infolge der Verwirrung der Arbeiterschaft zum Schutz der Republik die Hilfe reaktionärer Offiziere in Anspruch nehmen mußte. War dieser Schutz auch notwendig, und mußten im Augenblick der Entscheidung die Mittel zu seiner Ausführung genommen werden, wo man sie bekam, so läßt sich doch auf der andern Seite leicht nachweisen, daß alle Uebergriffe, die bei der Abwehr gewaltiger Angriffe begangen wurden und die so viel Erbitterung schufen, auf die Beeinflussung der Truppen durch den deutschnationalen Geist zurückzuführen sind. Der Spartakismus ist ja weiter nichts als der Affe dieses gewalttätigen deutschnationalen Geistes, der keine anderen Entscheidungen sieht, als die der brutalen blutigen Gewalt. Man kann das geistige Uebel, von dem manche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0001

Volksschichten ergriffen sind, nicht ausrotten, ohne seine Wurzeln auszurotten. Die Wurzeln liegen aber in jener stumpfen Gewaltanbetung, die von der alldeutsch-reaktionären Propaganda Jahre lang betrieben worden ist. Wir werden den Geist des Spartakismus nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn es uns gelingt, den Geist der Reaktion auszurotten.

Diese Erkenntnis hat die ganze zweitägige Debatte über den Reichskanzler-Etat durchweht, bei dessen Bewilligung nur die äußerste Linke und die äußerste Rechte sitzen blieb. Es ist klar geworden, daß auch die Regierung sich dieser Erkenntnis nicht verschließt, und wir erhoffen von Noskes kräftigem Vorstoß eine fühlbare Wendung.

Der Vorwärts zu Noskes Rede.

Berlin, 9. Oktober. Noskes gestrige Rede war, wie der „Vorwärts" schreibt, eine kräftige Unterreichung des Wortes von Scheidemann: Der Feind steht rechts. Sie war um so kräftiger als sie mit der Erklärung schloß, die Regierung werde es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern auch ihre Taten danach einrichten.

Die Kohlenförderung.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Ergebnisse der preußischen Kohlenförderung im ersten Halbjahr 1919. Die Produktion an Steinkohlen blieb danach um 28,7 Mill. Tonnen, das sind 39,9 Prozent hinter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1918 zurück. Geringer ist der Rückgang im Braunkohlenbergbau, wo 6,8 Mill. Tonnen oder 16,18 Prozent weniger gefördert wurden als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dabei ist die Belegschaftsziffer in beiden Produktionszweigen gestiegen. Im Steinkohlenbergbau waren in diesem Jahre 639 218 Personen beschäftigt, das sind 65 621 mehr als im Vorjahre, während die Zahl der im Braunkohlenbergbau Beschäftigten um 38 260 auf 95 574 gestiegen ist. Die Förderungsergebnisse gestalten sich wie folgt:

	Betriebene Werke	Steinkohlenförderung in Tonnen	Betriebene Werke	Braunkohlenförderung in Tonnen
1918	286	80 097 002	306	42 297 700
1919	292	51 323 319	307	35 451 946

Die Halbjahrsübersicht der amtlichen Statistik spiegelt die verwüstenden Wirkungen die die Streiks und die Verschlechterung der Produktionsbedingungen durch den Raubbau während des Krieges im Kohlenbergbau, insbesondere in der Steinkohlenförderung, während der ersten 6 Monate dieses Jahres gezeitigt haben. Hinsichtlich der Vermehrung der Belegschaftsziffer ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Zuzug der Arbeiter insbesondere zu den Braunkohlenrevieren während des ersten Halbjahres fortdauernd zu verzeichnen war, so daß eine große Anzahl von Arbeitern in der Halbjahrsstatistik mit angeführt sein dürfte, die nur einen kleinen Teil der 6 Monate tatsächlich beschäftigt waren. Aus diesem Grunde wäre eine Berechnung der Leistung auf den Kopf der Belegschaft irreführend.

Das kann aber über den Tatbestand des außerordentlich hohen Produktionsausfalles von mehr als ein Drittel der gesamten Förderung an Steinkohlen nicht hinwegtäuschen. Unter sämtlichen Oberbergamtsbezirken weist nur der Bezirk Breslau eine bedeutende Steigerung der Braunkohlenförderung auf. Diese Mehrförderung hat aber mit 654 009 Tonnen auf das Gesamtergebnis nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß. Sie verdient gleichwohl eine besondere Erwähnung deshalb, weil sie volle 56 Prozent beträgt. Die Belegschaftsziffer ist im schlesischen Braunkohlenrevier fast auf das Doppelte erhöht worden.

In den letzten Wochen werden wieder steigende Produktionsziffern gemeldet. Das ermutigt zu der Hoffnung, daß der Tiefpunkt der Krise, besonders in der Kohlenförderung, bereits überwunden ist. Die Wirkungen des Förderungsrückganges im ersten Halbjahr werden aber bei dem erhöhten Kohlenbedarf der Großstädte und der Industrie und besonders auch infolge der Lieferungspflicht an die Entente noch lange spürbar sein. Schon jetzt hält der Abtransport der Kohle mit der steigenden Förderung nicht mehr Schritt. Es muß alles aufgeboten werden, um hier endlich Ordnung zu schaffen. Sonst wird mit einer dauernden Erhöhung der Förderung nicht zu rechnen sein.

Die Kölner Zentrumsherrschaft gebrochen.

Nach den endlich erfolgten Stadtverordnetenwahlen in Köln wird das neue Kollegium bestehen aus: 49 Zentrumsleuten, 48 Sozialdemokraten, 8 Unabhängigen, 7 Demokraten, 5 Deutschenvolksparteilern und 2 Deutschnationalen.

Die Wahl ist von einer großen Bedeutung, weil sie einen Rückschluß auf die Wandlung in der politischen Stimmung seit den Nationalwahlen darstellt. Und das Ergebnis ist? Eine Schwächung der bürgerlichen Parteien zugunsten des Sozialismus. Zwar haben bei der schwachen Wahlbeteiligung alle Parteien, die Unabhängigen ausgenommen, Stimmenverluste erlitten, aber die Verluste der Bürgerlichen sind stärker als die unserigen.

Die Unabhängigen haben ihre Stimmenzahl von 1000 auf beinahe 14 000 steigern können. Diese Steigerung ist schon deshalb sehr mäßig, weil die Unabhängigkeitspartei bei den Januarwahlen in Köln weder über eine Presse noch über eine Organisation verfügte. Jetzt haben sie bei stärkster Anspannung kaum den sechsten Teil der mehrheitssozialistischen Stimmen erlangen können. Gerade in vielen Arbeiterbezirken haben sie schlecht abgeschnitten.

Eine schwere Niederlage haben die Demokraten, die Volksparteiler und die Deutschnationalen erlitten. Die sonderbündlerischen Freunde der „Rheinischen Republik" wagten in der Wahlbewegung kaum hervorzutreten. Die erdrückende Mehrheit der Kölner Bevölkerung will von keinerlei Loslösung etwas wissen.

Heuchler.

Immer wieder kann man in der unabhängigen Presse lesen, daß die „kapitalistisch-sozialistische" Regierung nicht gewillt sei, die Kriegsgewinne zu beschlagnahmen. Wenn auch diese Behauptung nach Form und Inhalt geradezu widersinnig ist, so verdient doch folgendes der Vergangenheit entrissen zu werden:

Nach der Revolution am 9. November v. J. hatten die sechs Volksbeauftragten (drei Mehrheitssozialisten und drei Unabhängige) die Absicht, sämtliche Kriegsgewinne sofort zu beschlagnahmen. Dieses Vorgehen gegen die Kriegsgewinnler und Kapitalisten scheiterte jedoch an dem Widerspruch zweier einzelstaatlicher Finanzminister, nämlich an den beiden ultra-radikalen Unabhängigen Fritz Geyer in Sachsen und Dr. Jaffee in München!

So wurden zur Revolutionszeit die Kapitalisten geschützt — durch Angehörige der U. S. P.!

Die Rückkehr der Truppen aus dem Baltikum.

Der Aufruf der Regierung an die Truppen im Baltikum hat, wie die „P. P. N." vernehmen, seine Wirkung nicht verfehlt; es rollen dauernd Transporte zurück. Ein Teil der Truppen ist jedoch durch die Verworrenheit der Ziele, die er bisher verfolgt hat, noch schwankend in seinem Entschluß. Nachhaltigen Eindruck haben die vom General von der Goltz besonders betonten Repressalien, die von der Entente ergriffen werden würden, gemacht. Es ist zu erwarten, daß es dem Einfluß der Führer gelingt, die Masse der Truppen von der Notwendigkeit ihrer Rückkehr und der Unmöglichkeit ihres weiteren Verbleibens im Baltikum zu überzeugen

Die Berchtoldsche Verteidigung.

„Het Vaderland" schreibt, daß die Berchtoldsche Verteidigung in der „Neuen Freien Presse" wenig beweiskräftig sei. Zwar könne man nicht sagen, daß Berchtold den Krieg gemacht habe, doch habe er die lange vorbereitete Weltkriegsmaschinerie durch einen letzten Hebeldruck in Gang gebracht.

„Euer Deutschgeboren!"

Die neueste politische Gründung ist der „Vaterländische Jugendbund Fürst Bismarck". Es ist ihm, wie er mitteilt, gelungen, in kurzer Zeit die Mittel zu einer Bundesfahne aufzubringen, deren feierliche Weihe in Schöneberg stattfinden soll. Mit der neuen Bundesfahne vereinigt er eine vortreffliche Gesinnung, denn nach dem Einladungsschreiben zur Fahnenweihe, das saldungsvoll an „Euer Deutschgeboren" gerichtet ist, will der Bund „die Jugend erziehen, im Herzen mit unauslöschlicher Liebe zu Kaiser und Reich, aufblickend zur ruhmbedeckten Fahne Schwarz-Weiß-Rot, nichtachtend alles seit dem schmach- und verhängnisvollen 9. November 1918".

Wenn der neue deutschvölkische „Vaterländische Jugendbund Fürst Bismarck" seine Mitglieder auch zu einem besseren Deutsch erziehen will, so ist seine Gründung damit allein schon hinreichend gerechtfertigt.

Vom italienischen Sozialistenkongreß.

Bern, 8. Oktober. In einer stürmischen Schlußsitzung nahm der Bologneser Sozialistenkongreß eine Tagesordnung Ferrats an, in der maximalistische Grundsätze aufgestellt, aber gleichzeitig die Beteiligung am Wahlkampfe verlangt wird. Für die Annahme wurden rund 48 000, dagegen 50 000 Stimmen der Reformisten und 3600 der Kommunisten abgegeben.

Kurze Notizen.

Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen. In Elsaß-Lothringen finden, laut „Voss. Ztg.", neuerdings wieder Massenausweisungen statt.

Der neue demokratische Fraktionsvorstand. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat gestern Payer wieder zum Vorsitzenden gewählt, zum zweiten Vorsitzenden wurde Petersen und zum dritten Vorsitzenden Hartmann ausersehen.

Der Kommunistenführer Levien verhaftet. In Wien wurde der Hauptführer zur Zeit der Münchener Schreckensherrschaft der Räudiktatur, der Russe Dr. Max Levien verhaftet. Er hielt sich dort lange unangemeldet auf; ausgeliefert wird er jedenfalls nicht werden.

Rückkehr des Grafen von der Goltz. Laut „B. Z." ist Graf von der Goltz gestern endgültig aus dem Baltikum nach Deutschland abgereist.

Neue Offensive Kolchaks. Laut Pressebüro Radio meldet „New York Herald" aus Omsk, daß Kolchak eine neue Offensive begonnen und 15 000 Gefangene gemacht habe.

Straßenbahnerstreik in Stettin. Die Angestellten der Straßenbahn-Gesellschaft sind, nachdem sich die Verhandlungen wegen ihrer Lohnforderungen mit der Direktion zerschlagen haben, heute früh in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig.

Das Attentat auf Haase.

WTB. Berlin, 8. Oktober. Wenige Minuten nach 1 Uhr gab heute vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist sechs Schüsse auf den das Gebäude betretenden Abgeordneten Haase ab.

Der Abgeordnete wurde am Oberschenkel und am Unterarm getroffen. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht.

Diese Nachricht traf gestern am späten Nachmittag hier ein und hat gewiß berechtigte Erregung und Zorn über die ruchlose Tat an einem um die Arbeiterbewegung hochverdienten Mann hervorgerufen. Heute sieht man schon klarer, es ist kein politisches Attentat, sondern der persönliche Racheakt eines Blödsinnigen. Erfreulich ist vor allem, daß die Verletzungen nur leichter Natur sind und daß Haases Genesung in Kürze zu erwarten ist. Nach dem amtlich mitgeteilten ärztlichen Befund ist Haases Wiederherstellung in acht Tagen zu erwarten. Ueber die Tat selbst wird heute noch folgendes gemeldet:

Der Attentäter, der sofort nach dem Polizeirevier in der Mittelstraße überführt wurde, ist ein schwächlich, ältlich aussehender Mann von kleiner, gebrechlicher Figur mit spärlichem braunem Haar. Er heißt Johann Voß, ist Lederarbeiter von Beruf, deutsch-österreichischer Staatsbürger, aus Wien gebürtig, arbeitet jedoch seit Jahren in Berlin. Der Attentäter wurde nach seiner Einlieferung ins Polizeirevier sofort verhört. Nachdem er seine Personalien angegeben hatte, wurde er nach dem Motiv seiner Tat gefragt. Er verneinte energisch, daß er irgendwelche politische Absichten gehabt hätte und erklärte aus rein persönlicher Rache gehandelt zu haben. Er wurde von einer Frau der Erpressung beschuldigt, und die Klage gegen ihn wurde von dem Abg. Haase in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt eingebracht. Das Verfahren ist noch in der Schwebe. Er fühle sich unschuldig und wollte sich nur an Haase als an seinem Verfolger rächen. Bei seiner Einlieferung zeigte Voß ein trotziges und scheues Verhalten. Er hat seine Tat zweifellos nicht in irgendeinem Erregungszustand, sondern nach reiflicher Ueberlegung ausgeführt.

WTB. Berlin, 8 Oktober. Der Lederarbeiter Johann Voß, der den Mordanschlag auf Haase ausführte, leidet an Querulanten- und Verfolgungswahn. Er gab bei seinen heute nachmittag von der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Verhören an, er gehöre einer Partei an, stehe jedoch der U. S. P. D. am nächsten. Der Mann hatte seit einiger Zeit behauptet, die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß es bei der preußischen Klassenlotterie nicht mit rechten Dingen zugehe, und deshalb zahlreiche Anzeigen bei der Klassenlotterie und dem Finanzminister um eingereicht, was dazu führte, das in Moabit ein Strafverfahren wegen versuchter Erpressung gegen ihn eingeleitet wurde. Er hatte durch seine Ehefrau den Abgeordneten Haase ersuchen lassen, die Angelegenheit vor das Parlament zu bringen. Als Haase darauf nicht einging, beschuldigte ihn Voß, daß auch er bestochen sei und verfolgte ihn auf Schritt und Tritt, bis der Entschluß in ihm reifte, die Oeffentlichkeit mit der Angelegenheit zu behelligen. Mit einer Parabellum-Pistole machte er Schießversuche im Grunewald. Schon gestern war er Haase nach dem Reichstagsgebäude gefolgt, konnte ihn aber nicht erreichen. Heute erwartete er den Abgeordneten an einem der Eingänge und gab auf etwa fünf Schritt Entfernung sechs Schüsse auf ihn ab. Eine der Kugeln traf einen Passanten, dessen Persönlichkeit unbekannt ist.

WTB. Berlin, 8. Oktober. Anläßlich des Attentats auf den Abgeordneten Haase hatten der Reichspräsident und der Reichskanzler telegraphisch dem Haase ihr besonderes Bedauern ausgesprochen.

Wer bezahlt die „Weltrevolution"?

Ein kommunistisches Geständnis.

Die Petersburger „Krasnaja Gaseta" („Rote Ztg.") vom 13. September schreibt:

„Für die Arbeit an Sonnabenden erhalten die Arbeiter keinen Lohn. Daran sind im Durchschnitt 200 000 Arbeiter bei vierstündiger Arbeitszeit beteiligt. Die Einnahmen aus dieser Arbeit fließen in die Staatskasse. Auf Grund eines Beschlusses der Petersburger kommunistischen Partei werden diese Lohnsummen dem internationalen Exekutivkomitee zur Verfügung gestellt und durch diesen einem besonderen Fonds zur Verbreitung des Kommunismus in Amerika und Westeuropa überwiesen, weil man dort infolge Geldmangel die unterirdische Tätigkeit nicht fortsetzen und geheime Druckereien nicht unterhalten kann. Gleichzeitig werden die anderen Städte aufgefordert, dem Beispiel der Petersburger Kommune zu folgen. Nur mit Hilfe der Petersburger Kommunisten kann der Endsieg über die ganze Welt errungen werden."

Jetzt wissen wir bestimmt, woher unsere Kommunisten ihre Finanzen beziehen. Sie haben es zwar immer abgestritten, daß sie von den Russen ausgehalten werden und daß russische Agenten die ganze Putschbewegung in Deutschland leiten. Die „Rote Ztg." bestätigt jetzt unsere Behauptung voll und ganz.

Unruhen im Saargebiet.

WTB. Saarbrücken, 8. Okt. (Drahtnachricht.) General Andlecker erläßt durch Maueranschlag eine Proklamation, in der es heißt: Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhängt der General als Oberstkommandierender des Saargebietes zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

Verkehrsnot und Kartoffelnot.

Die durch die Kohlennot verursachte schwierige Verkehrslage Deutschlands droht sich zu einer Kartoffelkatastrophe auszuwachsen. Es fehlt an Verkehrsmitteln, um die Kartoffeln, wie der „Vorwärts" schreibt, rechtzeitig, noch bevor die Fröste eintreten, nach den Städten zu bringen.

Der „rote" Vollzugsrat zerfällt.

Nachdem vor einiger Zeit unsere Parteigenossen und die Demokraten aus dem Berliner Vollzugsrat ausgeschieden sind, da bei dem Widerstand, der dort getrieben wurde, ein praktisches Arbeiten unmöglich war, waren die „Uzis" und „Kozis" unter sich und nannten sich „roter Vollzugsrat", der die Arbeiterschaft beglücken wollte und schon manche Komödie aufgeführt hat.

Am Dienstag aber ist es auch zwischen den radikalen Brüdern zum Krach gekommen. Ueber die Frage „Gewerkschaften oder Betriebsorganisation" sind sie sich in die Haare gekommen. Die „Uzis" wollten die Gewerkschaften behalten und sie nur „revolutionieren" und die Führer abwürgen, während die „Kozis" die Betriebsorganisation forderten; aber bei der Abstimmung in der Minderheit blieben. Darauf sind die Kommunisten aus der Vollversammlung der Arbeiterräte ausgetreten, so daß die Unabhängigen ganz allein sind und nun im „roten" Vollzugsrat ganz unter sich sind. Eine Komödie, könnte man sagen, wenn die Leidtragenden bei diesem Affentheater eben nicht einzig und allein die Arbeiter wären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0002

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Berlin,** 8. Oktober. 93. Sitzung. Am Ministertische: Müller, Dr. Bell, David, Noske, Schiffer, Erzberger, Reichskanzler Bauer u. a.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Er macht Mitteilung von dem

Waffenanfall auf den Abgeordneten Haase.

Edle Körperteile sind nicht verletzt. Ueber die Motive zur Tat ist nichts bekannt. Ich nehme an, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem Abgeordneten Haase, seiner Familie und seiner Partei, unsere Teilnahme ausspreche. (Beifall; das Haus hatte sich erhoben.)

Zur zweiten

Beratung des Haushaltskapitels Reichskanzler

erhält das Wort

Abg. **Dr. Stresemann** (D. Vpt.): England steht nach wie vor auf dem Standpunkt, Deutschland müsse wirtschaftlich zerstört werden. Frankreich dagegen hat das größte Interesse an einem regen Wirtschaftsleben Deutschlands. Die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes scheint mir nicht so sicher, wie dem Reichskanzler. Die Regierung muß sich auch die Arbeitslust der Führer auf wirtschaftlichem Gebiete sichern, und zwar gerade der Unternehmer des industriellen Mittelstandes. Hoffentlich müssen wir den Eintritt der Demokraten in die Regierung nicht mit der unveränderten Annahme des Betriebsrätegesetzes bezahlen. Meine Freunde

lehnen jeden monarchistischen Putsch entschieden ab,

aber innerhalb der Verfassung für den monarchistischen Gedanken zu werben, halten wir für unser gutes Recht.

Reichswehrminister **Noske:** Unerträglich ist es, wenn einzelne Parteien und Zeitungen die Truppen im Baltikum darin bestärken, dem Rückmarschbefehl nicht Folge zu leisten. Mit wüsten Schimpfereien auf die Truppen ist bei ihnen nichts zu erreichen; ich ehre auch die Motive, die viele Soldaten veranlassen, draußen zu bleiben. Sie fürchten die Arbeitslosigkeit, den Terror und den Boykott. Es ist auch richtig, daß die Truppen im Baltikum sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Als Not an Mann war, hat die lettische Regierung ihnen die Einbürgerung versprochen und keine Einwendungen erhoben, als in Werbungen den Truppen Ansiedlung in Aussicht gestellt wurde. (Hört, hört.) Wären vor Monaten die deutschen Truppen aus dem Baltikum weggegangen, gäbe es wahrscheinlich heute keine lettische Regierung. (Sehr richtig.) Das alles aber ändert nichts an der Notwendigkeit, das Land zu räumen. Die Regierung wird alles daran setzen, um Deutschland vor einen neuen schweren und ernsten Konflikt mit der Entente zu bewahren. Offene Unbotmäßigkeiten, offener Ungehorsam werden so geahndet werden, wie es sich gehört. Der Aufruf des Majors Bischoff an die eiserne Division ist ein Maß von Insubordination, von Auflehnung gegen die Interessen des Reiches, daß dagegen mit allem Nachdruck eingeschritten werden muß. (Beifall links.) Ich habe telegraphisch Graf Eberhard angewiesen gegen unbotmäßige Führer sofort das Verfahren einzuleiten. Gegen Major Bischoff ist kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet. Mit allem Nachdruck und tiefstem Ernst richte ich an einen großen Teil der deutschen Presse die Aufforderung, der Regierung ihre schwere Arbeit nicht noch weiter zu erschweren. Es ist gemeingefährlich, daß die Truppen dauernd von manchen Stellen aus in ihrer Widersetzlichkeit bestärkt werden. Wie leichtfertig ein Teil der Presse vorgeht, zeigte dieser Tage ein Blatt, daß mit Riesenlettern die Ueberschrift brachte: „General von der Goltz russischer Ueberläufer“, während es in kleiner Schrift die Richtigkeit der Meldung selbst bezweifeln mußte. (Hört, hört.) Wahr ist, daß General von der Goltz völlig loyal und korrekt seine Pflicht tat. Vor allem sucht

die deutschnationale Presse

die Truppen in ihrem Widerstand zu bestärken. Sie spricht von einem „Verrat an den Truppen“, „Verrat am deutschen Baltenland“, sie wirft der Regierung Saumseligkeit vor und sofort. Graf Posadowski hat die Verantwortung für solche Ausschreitungen der Presse abgelehnt. Die deutschnationale Fraktion kann aber die „Deutsche Zeitung“ nicht von sich abschütteln, denn als dieses Blatt wegen seiner schamlosen Hetze verboten werden mußte, schrieb mir der Abg. von Graefe einen sehr unliebenswürdigen Brief, wie ich mich unterstehen könnte, gegen das Blatt vorzugehen. Die deutschnationale Presse treibt in dieser Angelegenheit ein unverantwortliches Spiel. Bei den Truppen soll der Eindruck hervorgerufen werden, daß sie auf deutschem und nicht auf fremdem Boden stehen. Wir können nicht dulden, daß ein 60-Millionen-Volk durch solche Schreibereien in schwerste Gefahr gebracht wird. Wir würden gewissenlos handeln, wenn wir solchen Ausschreitungen nicht entgegentreten würden. (Sehr richtig, links.)

In der letzten Woche wird von deutschnationaler Seite ganz systematisch das leidliche Vertrauensverhältnis zu untergraben versucht, das sich zwischen mir und den Offizieren herausgebildet hat. Die Rechte aber tanzt auf einem Vulkan, wenn sie mir die Arbeit auf diese Weise noch schwerer macht. (Sehr richtig, links.) Der preußische Offizier hat es nie als eine Beschimpfung angesehen, wenn man auf seine Armut hinwies. Nichts anderes habe ich getan. (Oho-Rufe rechts.) Es kennzeichnet die Art Ihres Kampfes, wenn Sie versuchen, aus meinen einwandfreien Worten Kapital zu schlagen. Ludendorff hat damit angefangen und Graf Westarp ist ihm gefolgt. Jetzt sucht man das bißchen mit unendlicher Mühe geschaffene Militärwesen durch eine Broschüre zu zermürben, die an die Soldaten verteilt werden sollte. Darin wird gesagt, daß in Wahrheit in Deutschland Unabhängige und Spartakisten regieren, daß keine Veranlassung bestehe, der Regierung den Treueid zu leisten, daß die Regierung nichts für die Zukunft der Soldaten tue, usw. Diese Sudelschrift, dieses Pamphlet ist gedruckt in der „Deutschen Tageszeitung“. (Hört, hört, links.) Durch Einsichtnahme in die Bücher bei einer Haussuchung konnten wir feststellen, daß der Auftraggeber

der Vorstand der deutschnationalen Volkspartei ist.

(Stürmisches Hört, hört! links, lärmende Zurufe rechts. Zurufe bei den Soz.: Warum greift man nicht zu.) Ganz selbstverständlich ist gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt worden. (Beifall links.) Gegen eine so frivole und unerhörte Weise, die Soldaten zur Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verleiten, muß scharf zugegriffen werden. (Links: Beifall und Rufe: Das sind Landesverräter! rechts Zurufe: Kiel) Meine Tätigkeit in Kiel hat das Licht nicht zu scheuen. Auch General Ludendorff hat von meiner Kieler Tätigkeit gesprochen. Er ist der letzte, der ein Recht hat zu fragen, ob ich vor der Geschichte verantworten könnte, was ich in Kiel getan habe. (Sehr richtig, links.) Ruhmredigkeit liegt mir fern. Wenn aber damals nicht 10 000 wildgewordene Matrosen wie eine Sturmflut sich über ganz Deutschland ergossen und Schrecken über das ganze Land gebracht haben, so danken Sie das dem Umstande, daß ich Tag für Tag und Stunde für Stunde dort mein Leben in die Schanze geschlagen habe. (Beifall links, Lärm rechts.) Den Auseinandersetzungen über meine Kieler und meine übrige Tätigkeit sehe ich mit ruhiger Gelassenheit entgegen. (Beifall links.) Unser Land blutet aus hundert tausend Wunden. Heilung kann nur kommen, wenn in allen Schichten des Volkes die Erkenntnis reift, daß es nicht angeht, jetzt in unseren Wunden auch noch mit seinen schmutzigen Fingern zu wühlen. Wir mahnen fortgesetzt zur Einsicht und zur Vernunft. Wo aber diese Mahnung nicht hilft, muß zur Tat geschritten werden. Das gilt sowohl für Sie (nach rechts), wie für die Herren auf der äußersten Linken. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts und bei den U.S.)

Hierauf wird die politische Aussprache vorläufig abgebrochen. Es folgt der Haushalt der Reichsjustizverwaltung

Abg. Waldstein (Dem.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von der höchsten politischen Bedeutung, wenn die Beziehungen der Völker auf das Recht gegründet sein sollen. Ebenso wird in einer Demokratie eine richtige Stellung der Laienjustiz von größter Wichtigkeit sein.

Reichsminister Schiffer:

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Waldstein bemerke ich, daß eine Amnestie jetzt nicht beabsichtigt ist. Es wurde davon schon zu viel Gebrauch gemacht.

Abg. **Cohn** (U. S.): verlangt Abänderung der Schutzhaftbestimmungen.

Abg. Dr. **Sinzheimer** (Soz.): Untersuchungshaft und Strafvollzug müssen gründlich reformiert werden. Ebenso nötig sind einige Zivilprozeßreformen.

Reichsminister Schiffer: Es wäre zu erwägen, ob die Ausbildungsfrage der Juristen von Reichswegen zu regeln sei.

Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird ohne weitere Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushaltes des

Reichsfinanzministeriums.

Abg. **Dr. Hirth** (Ztr.) bittet um baldige Neuregelung des Besoldungswesens.

Reichsminister Erzberger:

Ein einheitlicher Plan der Finanzreform ist sehr wohl vorhanden. Das Reich wird selbst Herr seiner Steuerquellen und Einnahmen. Das ist ein wichtiger Schritt zum Einheitsstaat. Die deutschen Länder mußten große Opfer bringen. Die Organisation der Landesfinanzämter ist an einigen Stellen künstlich. Nach 1—2 Jahren könnten sie nach den gemachten Erfahrungen reichsgesetzlich neu geregelt werden. Wir brauchen auch ein Reichssteuerrecht. Die Reichsabgabenordnung muß schnellstens verabschiedet werden. Damit wäre dann das Fundament gelegt zu weiterem Ausbau. Das Reich kann aber nicht warten, bis alle Gesetze ausgearbeitet und verabschiedet sind. Darum mußten die Steuern vorweggenommen werden. Die neue Besoldungsordnung soll vorgelegt werden, so daß sie im Frühjahr 1920 in Kraft treten kann. Das Ministerium hat mit den direkten Verhandlungen mit den Beamten der Steuer- und Zollverwaltungen die besten Erfahrungen gemacht.

Der Haushalt des Finanzministeriums wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Scheidemann wegen der Lederpreise und Fortsetzung der Haushaltsberatung.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 8. Okt. Vizepräsident **Porsch** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Die Haushaltsberatung wird bei der **Zentralgenossenschaftskasse** fortgesetzt.

Abg. Dr. **Seelmann** (Dn.): Das Genossenschaftswesen ist für den Arbeiter und Handwerker gar nicht hoch genug zu veranschlagen.

Abg. Esser (Ztr.) begründet einen Antrag seiner Partei auf eine zeitgemäße Umgestaltung des Beirates der Zentralgenossenschaftskasse, damit er eine fruchtbare Mittelstellung zwischen ihr und den einzelnen Genossenschaften bilden kann.

Abg. Dr. **Crüger** (Dem.) und Abg. Dr. **Leidig** (D. Vpt.) stimmen dem Zentrumsantrag zu.

Abg. Eberle-Barmen (Soz.): Das Genossenschaftswesen darf nicht zur Trustbewegung ausarten, sonst müssen wir es aufs schärfste bekämpfen.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse **Heiligenstadt:** Die Geschäftsführung der Kassen ist modern. Reformen will ich gern einführen, wenn mir positive Vorschläge gemacht werden. In der Kreditgewährung darf ich im Hinblick auf die fremden Gelder, die ich verwalte, nicht unvorsichtig sein.

Der Haushalt der Kasse wird bewilligt, der Antrag Esser angenommen.

Es folgt der

Eisenbahnhaushalt.

Abg. **Garnich** (D. Vpt.) und Abg. **Merke** (Dem.) beklagen die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten.

Minister Oeser: Es kann sein, daß wir den

Personenverkehr so gut wie vollkommen werden einstellen müssen.

Sozialisierung heißt mehr leisten. Aber davon sind viele unserer Beamten und Arbeiter noch weit entfernt.

Im Laufe der Debatte ersucht

Abg. **Höfler** (Dem.) um Auskunft über die Ursachen der letzten Vorgänge im Eisenbahnbetriebe, insbesondere über die Erfurter Bewegung.

Abg. **Sprenger** (Ztr.) fragt die Regierung, was sie tun werde, um der drohenden Kartoffelnot vorzubeugen. Der Versand an späten Kartoffeln ist noch ungewöhnlich gering.

Ein Regierungskommissar erwidert: Gerade der Wunsch, Kohlen für den vermehrten Kartoffeltransport zu erhalten, sei für die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten maßgebend gewesen.

Für die Gütertransporte wird die Wagengestellung auf die Hälfte eingeschränkt,

nur nicht für die Lebensmittel- und Kartoffelbeförderung. Die Kartoffeltransporte werden also demnächst eine wesentliche Besserung erfahren.

Abg. **Brunner** (Soz.): Mit Tariferhöhungen kann die Finanzlage nicht durchgreifend gebessert werden, weil sie den Verkehr belasten. Es ist leichtfertig, zu behaupten, daß etwa nur die Arbeiter an den Streiks schuldig sind. Das ist eine beleidigende Behauptung. Wer im Schützengraben gewesen ist, gewöhnt sich schwer an ein geordnetes Leben. Der mit Doktorhut und Adel ausgezeichnete Breitenbach ist der typische Vertreter einer Wirtschaftsordnung, die uns dem Ruin entgegengeführt hat. Das Gold, das er im Schweiße einer halben Million Untergebener erpreßte, hat er dem Militarismus in den Rachen geworfen. Er ist der Vernichter unseres Eisenbahnwesens und gehört in die erste Reihe derer, die als Kriegsverlängerer und Vaterlandsverräter vor Gericht gestellt werden müßten. Er hat den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten und damit auf ihre Arbeitslust gedrückt. Mit Vorschlägen zu Organisationsverbesserungen finden die Beamten bei der Eisenbahnverwaltung noch immer den allerschärfsten Widerstand. Die oberen Eisenbahnbeamten arbeiten auch heute noch nach dem alten Schema weiter und machen selbst noch Vermerke über die Parteizugehörigkeit sozialdemokratischer Arbeiter. Wollen wir die Arbeitsfreudigkeit wieder heben, so muß auch Moral und Pflichtbewußtsein wieder geweckt werden. Der Arbeiter mag mir und mich verwechseln, aber nicht mein und dein. (Beifall bei den Soz.)

Fortsetzung Donnerstag 12 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Von zehn bis zwanzig.

12) Roman von Karl A. Meyer.

(Nachdruck verboten.)

Was aber sollte er beginnen? Irgendwo mußte doch wohl der Schlüssel sein. Aber wo? Und Alexander mußte sich doch auch wo aufhalten.

Sollte er vor der Stubentür warten, bis zu Mittag die Mutter kommt? Oder sollte er zu bekannten Leuten gehen? Aber die hätten ihn verraten, und vor der Stubentür würde man ihn erwischen.

Von unten herauf schollen Haustürschlag und schlürfende Schritte, dann ein paar Männerworte. Nach einem Augenblick der Besinnung war Alex im Schrank verschwunden.

Da saß er hinter den dicken Kleidern und atmete kaum. Mit gespanntem Ohr kauerte er in seinem Versteck und wagte sich nicht zu rühren. Aber nichts geschah, was seine Sorge gerechtfertigt hätte.

Die Tür zu öffnen war kein Kunststück gewesen, das kannte er. Wenn er jetzt recht matt in seiner Ecke saß, so wunderte ihn das nicht. Ihn hungerte; dazu die schlechte Luft im Schranke von Kampfer und Mottenkraut — trotzdem hielt er eine Weile aus. Vorsicht ist gut. Bis es ihm endlich doch zu schwer wurde da drinnen in seinem Versteck.

Es mußte auch bald zwölf Uhr sein und die Mutter zum Essen nach Hause kommen.

Er kroch heraus, sehr unzufrieden mit sich und seiner Lage. Wenn er doch wüßte, wie spät es ist!

Da kam ihm die alte Kammer in den Sinn. Daß er nicht schon früher daran gedacht hatte! Hinauf in die liebe Bodenkammer!

Ein Glück für ihn, daß er früher einmal das Schloß ruiniert hatte, so daß die Türe fortan mit einem einfachen Haken hat zugehalten werden müssen. Sonst wäre ihm heute diese Zuflucht vereitelt gewesen.

Hardt setzte sich auf seinen gewohnten Platz am Fenster, richtete um sich her das alte Gerümpel, Kisten und Schachteln hoch, wie er es gern hatte, und zog das Brot hervor, das ihm Kinder in der Schule geschenkt hatten. Es war nicht viel.

Die Sonne sandte einen Streifen Licht und Wärme zum Fenster herein und nahm auch seinen Kopf in ihre Liebkosung. Es wurde ihm warm und er rückte auf die Seite.

Das Verlangen nach Freiheit, das ihn wie im Sturm hierher getrieben hatte, das wie eine lodernde Flamme in seinem Herzen brannte, so lange er noch nicht auf eigenen Wegen schritt — jetzt war es zum dürftigsten Blasius, zu einem kleinen Zuckeflämmchen geworden.

Der Hunger nagte wie wild geworden in seinem Bauch herum. Leute aufzusuchen, um sich was zu essen schenken zu lassen, getraute er nicht. Im Hinterhaus hätte er auch nichts bekommen können, da war niemand daheim; er hätte ins Vorderhaus gehen müssen, aber die Leute kannte er nur halb, er mochte auch nichts von ihnen haben.

Wer wohnte denn da? Da war die alte Strunkel mit ihrem Papagei und den Meerschweinchen. Sie sah aus wie die Hexe in der Jahrmarktsbude und roch nach Tee und Schnaps. Dann war der geifernde Alte, der immer nur im Schlafrock herumlief, weil er keine Hosen anhatte, dem beständig, wenn er rauchte, aus einer Zahnlücke der Speichel zum Munde herauslief — von dem wollte er auch nichts. Und die frommen Jungfern, die daneben wohnten, hätten ihm vielleicht statt was zu essen kleine Kirchenzettel mit Gesangbuchversen gegeben, wie er es von früher her kannte.

Vielleicht fand er in der Kammer was Gescheites zu lesen? Er durchsuchte Kisten und Schachteln, stöberte überall herum, fand aber nichts. Gelangweilt setzte er sich wieder auf seinen Platz. Vor ihm lag ein Musikinstrument. Er ließ es liegen. Wenn es Brot wäre! Bloß so groß und bloß so dick brauchte es zu sein wie die Flöte, und auch so hart durfte es sein.

Die Mäuse kamen. Eine nach der andern steckte ihre kluge Spitznase hervor und blinzelte neugierig den Jungen an, als wollten sie, was denn heute hier los sei, erfragen.

Alexander aber hatte keinen Sinn für sie, mit denen er sich früher stundenlang vortrefflich unterhalten hatte. Im Zorn griff er nach einer grünen Flasche, die neben ihm lag und warf sie in die Ecke. Zu Tode erschrocken stoben die Tiere auseinander und wagten sich erst auf Umwegen in ihr Mauseloch zurück. Ob der Junge, der ihnen früher die wohlschmeckenden Brotstückchen gegeben hatte, plötzlich verrückt geworden ist?

Das kümmerte ihn nicht. Alles war ihm einerlei.

Gleichgültig erhob er sich und schob seinen Kopf durch das Bodenfenster in die Freiheit hinaus, die er so sehr herbeigesehnt hatte. Er sah nichts als schwarze Dächer und rauchende Kamine, Telegraphendrähte und ein Stück weiter draußen einen Schlotfeger, der einen Strick aus dem Schornstein zog.

Eine Taube setzte sich auf die Dachkante, machte ein paar Schritte und nickte mit dem Kopf dazu. Er spuckte danach, traf sie aber nicht; da flog sie weg.

Droben am Himmelsblau segelten die Wolken. Er sah sie zusammenschwimmen und auseinanderfließen und zuletzt ganz vergehen. Manch eine ward von der großen aufgefressen. Die großen kriegten dicke Bäuche davon, daß sie die andern verschluckten. Ach, er hätte auch gern etwas in seinen Bauch hinuntergeschluckt.

Und die Mutter kam nicht. —

Wenn er wüßte, wie spät es ist! Die Zeit nach dem Stand der Sonne zu erraten, wie es die Indianer und Trapper tun, wovon er in Büchern gelesen, verstand er nicht.

Da trug ihm der Wind drei Glockenschläge zu. Die kamen von der Uhr am alten Weiber-Hospital.

Dreiviertel! sagte er. Aber dreiviertel was? Eine Viertelstunde später gab die Glocke vier helle und drei dunkle Schläge. Drei Uhr war, jetzt wußte er: die Mittagsstunde ist längst vorbei. Wenn er vorn gewohnt, so hätte er das Getrappel der Arbeiter auf der Straße gehört; aber im Hinterhause ist es still.

Ist die Mutter daheim gewesen und hatte er sie nur nicht gehört? Seinem wachsamen Ohr wäre das nicht entgangen.

Mit einemmal ward es ihm klar: die Mutter ist nicht gekommen! Was wollte sie auch daheim? Essen kochen? Dazu hatte sie mittags keine Zeit. Und sonst war niemand und nichts zu Hause, was ihr den Weg wert gemacht hätte. Wird sie dann aber heute abend gleich — —

Alex, paß auf!

Er zuckte zusammen. Hatte ihm das jemand ins Ohr geschrien?

Alexander, paß auf!

Er war allein. Sein Herz wollte stille stehen. Draußen auf dem Boden war Geräusch.

Während er den Kopf zum Fenster hinausgesteckt hatte, war es daher gekommen.

Blaß vor Schreck, ängstlich vor Verwirrung, sprang er vom Fenster zurück. Entschlossen stellte er sich vor die Türe.

Ob man zu ihm will?

Mögen sie! Er hatte ein Stück eines alten Spulrades gepackt und hielt es fest in der Faust, bereit, seinen Mann zu stellen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0003

Letzte Depeschen.

Die Sparprämienanleihe.

Berlin, 8. Oktober. Das WTB. meldet: Auf Grund des § 2 des Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919, sowie die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien vom 29. August 1919 ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, mit Zustimmung des Zehnerausschusses der Nationalversammlung die zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben bewilligten Kredite auch durch Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien flüssig zu machen. Ein vom Herrn Reichsminister der Finanzen im Ausschuß heute vorgelegter Plan für eine Sparprämienanleihe ist in der heutigen Sitzung des Zehnerausschusses eingehend besprochen worden und hat gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung Annahme gefunden.

Rückgang des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Berlin, 8. Oktober. Das WTB. meldet: Vom Metallarbeiterverband wird mitgeteilt, daß 40 Firmen in Berlin die neuen Lohnforderungen angenommen haben. Die diesbezüglichen Verträge sind gestern und heute im Hause des Metallarbeiterverbandes abgeschlossen worden. Auf Grund dessen hat der Metallarbeiterverband den streikenden Arbeitern dieser Firmen den Auftrag erteilt, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Regierungskrise in Oesterreich.

WTB. **Wien**, 8. Oktbr. Nach Mitteilungen des überwiegenden Teiles der Blätter sind die Nachrichten über eine bevorstehende Demission des Kabinetts anläßlich der heutigen Sitzung des Hauptausschusses nicht zutreffend, da sich der Hauptausschuß mit der Ratifizierung des Friedensvertrages befaßt. Nach der Ratifizierung wäre die Demission des Kabinetts nicht ausgeschlossen, doch herrscht die allgemeine Auffassung vor, daß Staatskanzler Dr. Renner abermals mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird.

Durcheinander in Moskau.

WTB. **Kopenhagen**, 8. Oktober. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Aus Riga laufen andauernd Meldungen ein über schwere Unruhen in Moskau. Es heißt, daß Lenin befohlen habe, Trotzki zu verhaften. Das Ergebnis sei aber gewesen, daß es Trotzki gelungen ist, die Oberhand zu gewinnen, worauf er Lenin festnehmen ließ.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat zu Armenpflegern gewählt:

im 16. Armenbezirk den Kaufmann Herrn Otto **Arndt**, Leipziger Straße 38,

im 20. Armenbezirk der Klempnermeister Herrn Kurt **Hermann**, Henriettenstr. 38, und den Elektrotechniker Herrn Paul **Sachse**, Gr. Wallstr. 21.

Halle, den 3. Oktober 1919. **Die Armen-Direktion.**

Lebensmittel-Kalender.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 200 Gramm (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird **Rindergefrierfleisch** ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 11. d. Mts., durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fleisch bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 6. bis 12. d. Mts. Die Marken sind in früher bekanntgegebener Weise bis 14. d. Mts. an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß Saal links, abzuliefern. Der Kleinhandelsverkauf beträgt für 200 Gramm 1,02 Mark.

Der Verkauf von ausländischem Speck findet am Sonnabend, den 11. Oktober, statt. Es werden 125 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen den amerikanischen Speck bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Der Speck wird gegen Abtrennung der Marke 12 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck) abgegeben. Die Marke ist von den Fleischern abzutrennen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß Saal links, bis zum 14. d. Mts. einzureichen. Der Verkaufspreis beträgt für 125 Gr. 1,04 Mark.

Städtischer Verkauf von Roßfleisch- und Roßwurstkonserven in der Talamtschule am Freitag, den 10. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501—61 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501—67 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1—3 Personen eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst, für weitere 3 Personen eines Haushaltes noch eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkilodose beträgt 11 Mark. Außerdem steht in der Talamtschule Roßblutwurst in Einkilodosen zum Preise von 6 Mark und in Zweikilodosen zum Preise von 11 Mark **freihändig** zum Verkauf. Die Roßfleisch- und Roßwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 10. Oktober, auf den Abschnitt 16 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hinsche, Gr. Gosenstr. 21, und der Milchhändlerin Stein, Spitze 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pf. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Montag, den 13. Oktober, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 10. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 16 001—16 501 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 16 501 bis 17 000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 50 Pf. abgegeben werden, sofern der Verkauf in Spalte 7 des Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Statt Fleisch Ackerbohnen. An Stelle der in früheren Wochen ausgefallenen Fleischmengen gelangen in dieser Woche geschälte Ackerbohnen zum Verkauf. Der Verkauf beginnt am Freitag, den 10. Oktober, gegen Abgabe der Warenbezugsmarke 413 des Warenbezugsscheines 25. Für jede Person werden 125 Gramm Ackerbohnen verabfolgt. Der Verkaufspreis beträgt 25 Pf. für 125 Gr. Ackerbohnen. Die Käufer können nur bei denjenigen Verkäufern die Bohnen einkaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Anstalten usw. erhalten die Bohnen auf Grund von Bezugsscheinen, die im Stadternährungsamt, Zimmer 12, ausgestellt werden. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Warenbezugsmarken zu Hunderten gebündelt in verschlossenem und mit der Firma versehenen Umschlag, auf dem die Zahl der Marken und der Restbestand an Ackerbohnen vermerkt worden sind, bis zum 20. d. Mts. Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Rasierseife in der Talamtschule am Freitag, den 10. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501 bis 61 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501—67 000 nachm. von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an Haushalte mit 1—2 Personen ein Stück, mit 3—4 Personen 2 Stück und mit 5—6 Personen 3 Stück Rasierseife usw. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 9. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Beschaffung von Unterhosen für heimkehrende Kriegsgefangene.

Die Stadt will für heimkehrende unbemittelte Kriegsgefangene 200 Unterhosen ankaufen. Firmen, die die Lieferung übernehmen wollen, können eine Probehose nebst Preisangabe im Rathaus, Zimmer Nr. 16, hinterlegen.

Weißenfels, den 2. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Petroleum-Kriegs-Sparlampen.

Durch Vermittelung der Zentralstelle für Petroleumverteilung haben wir zur Begegnung des Mangels an Petroleum eine größere Anzahl von Petroleum-Kriegs-Sparlampen bezogen, dieselben werden nebst Gebrauchsanweisung in den Petroleumgeschäften und im hiesigen Stadtbauamt das Stück zum Preise von 0,15 Mark abgegeben.

Geschäfte mit Petroleumvertrieb wollen sich wegen Abgabe der Lampen baldmöglichst mit unserem Stadtbauamt in Verbindung setzen.

Weißenfels, den 3. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Letzte 6 Aufführung.:
Schwarzwaldmädel.
Sonntag ½4 Uhr:
Max und Moritz.
In Vorbereitung:
Eine Walzernacht.
Operetten-Neuheit von Rudi Glaller.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater
Freitag, den 10. Okt. 19. Anf. 7½, Ende 11 Uhr:
Die Hugenotten.
Sonnabend: **Martha.**

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 12. Oktober 19. abends 7½ Uhr:
Die verlorene Tochter.

Pelikan-Caramelbier
wieder in allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Achten Sie beim Einkauf genau auf die Schutzmarke
Pelikan
gesetzlich geschützt Nr. 101 060.

Von der Reise zurück
Dr. Hammer,
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten,
Geiststr. 1, II. 9210
Sprechzeit: 9—11 Uhr, 3—5 Uhr, ausser Sonnabend nachmittag und Sonntags.

Zu Original-Fabrikpreisen
verkaufen wir direkt an Private weg. Umstellung des Betriebes die Restbestände unserer Fabrikate:
Markttaschen, Einholebeutel, Schulranzen, Kolleg-Akten-Schultaschen, Rucksäcke, Reisetaschen, Koffer, Kindertaschen etc. etc.
in unserem Fabrikgebäude und in folgenden Geschäften:
R. Henning, Gr. Wallstraße 42.
H. Moderake, Nachfl., Burgstraße 65,
Max Oppermann, Bernburgerstraße, Ecke Richard-Wagnerstraße,
H. Schliebe, Glauchaerstraße, Ecke Langestr.,
M. Steindorff, Krukenbergstraße 3,
P. Wolf, Steinweg 20 a.
König & Haase, Gr. Ulrichstraße 12.
Marktverkäufern billigste Bezugsquelle, auch Partieware.

Einige tüchtige
Rockarbeiter, Damenschneider, Taglschneider
sucht für dauernde Beschäftigung 9234
Alb. Drechsler Nachf.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis
(Alte Partei)
Gegründet 27. März 1889.
Sekretariat: Halle-Saale, Harz 42/44
1 Treppe, Zimmer 12 Telephon 6900
Sprechstunden täglich von 9-1 u. 4—6 Uhr.
Das Organ des Vereins ist die
Volksstimme
Expedition: Gr. Ulrichstrasse 27, Telephon 5407.
Redaktion: Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802.
Aufnahmen für den Verein werden im Sekretariat und in der Expedition der Volksstimme entgegengenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. pro Person. Der wöchentliche Beitrag beträgt 20 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder.
Versammlungslokal: St. Nikolaus, Nikolaistrasse.
Die Mitgliederversammlung findet jeden 1. Mittwoch im Monat im grossen Saal des St. Nikolaus statt. Gäste sind in den Versammlungen willkommen
Der Vorstand.
Robert Heine, Vorsitzender.

Großstück-
Schneider
gesucht außer dem Hause
Ed. Wohlan,
Charlottenstr. 5. 9221

Reparaturen von sämtlichen
Oefen und Herden.
Anfertigung aller
Schwarzblecharbeiten
Ersatzteile: Platten, Roste, Ringe
Christian Glaser,
nur Gr. Klausstr. 24.
Fernspr. 6138.
Auf Firma achten!

Achtung!
Ich bin am 10. Oktober v. 10—2 Uhr in **Naumburg**, Hotel „Drei Schwäne“ anwesend und erbitte Angebote in
Operngläsern, Feldstechern
usw. (auch in unbrauchbarem Zustande).
Franz, z. Zt. Hotel „3 Schwäne“ Naumburg.

Geschäftsverlegung.
Meine
Likörfabrik und Weingrosshandlung
habe ich mit dem heutigen Tage von Dorotheenstrasse 9 nach
Gr. Märkerstr. 11 und Gr. Berlin 2 u. 3
verlegt.
Ottomar Brehmer Nachf. Karl Schulze
Halle a. S. Tel. 6360.

Technische Nothilfe
Zeitfreiwillige
Merseburg.
Auskunft, Meldungen und Annahme im Gebäude der **Landesversicherungsanstalt**, Zimmer 68.
Geöffnet von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

Neue Kücheneinrichtungen
Büfett, Tisch, Rahmen, Bank, zwei Stühle, ein Handtuchhalter,
für 450 Mk.,
Speisezimmer
echt Eiche von 1600 M. an, in Kiefer 930 M.,
vollständige
Schlafzimmereinrichtungen
für 1650 Mk.
verkauft 9214
Friedrich Peileke
Geiststraße 25.

Garneelen
bestes Geflügel-, Fisch- und Vogelfutter
Ia Erbsenstroh
in Drahtballen
Schrotmühlen
empfiehlt
Eiverge, G. m. b. H.
Gr. Märkerstr. 5.

Ziehung 18. Oktober
Kölner Los 2 ℳ
Porto u. Liste 45 Pf extra
5 Lose 10 ℳ
11 Lose gemischt nur 20 ℳ
4577 Gewinne
110000
50000
30000
20000
Ziehung Berlin **Rote † Los 3.30 ℳ**
Nürnberger St. Lorenz-**Geld-Los 3.30 ℳ**
empfiehlt
Bank- u. Lotteriegeschäft
A. Eulenberg Jr.
Elberfeld.

Apollo-Theater
Tägl. abends 7½ Uhr:
Der **liebe Augustin.**
Operette v. Leo Fall.
Nicolo D. Löscher a. G.
August M. Willenz a. G.
Sonntag nachm. 3½ Uhr
bei kleinen Preisen:
Der Trompeter von Säkkingen.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7

Vollkommen kostenlos erhalten Sie Preisliste hochinteress. Bücher u. Schriften der Freude und Liebe.
O. Fischer, Verlag, Berlin-Halensee.

Waschbretter
mit starker Zinkeinlage
Sobel,
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr.

Ferdinand
Dehne Nachf.
Gr. Steinstrasse 15.

Frauenspritzen
Klysos
Irrigatoren
Schläuche
Damenbinden
Rote
Konservenringe

Ferdinand
Dehne Nachf.
Gr. Steinstrasse 15.
Fernruf 6235.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0004

Nochmals: Die Schuld am Weltkriege.

Zu den Beratungen des Untersuchungsausschusses.

Von Dr. Werner Peiser.

Der Leser befürchte nicht, daß hier tiefgründige Untersuchungen über die Schuld am Ausbruche des Weltkrieges angestellt werden, wie sie seit Kriegsbeginn von Wissenschaftlern und Politikern aus Lagern unternommen worden sind. Es kann nicht behauptet werden, daß es der Mehrzahl der über die Kriegsursache Schreibenden gelungen sei, auch nur einigermaßen befriedigende neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen. Und doch hat die Frage ein mehr als akademisches Interesse, und da sie infolge der von den verschiedenen Regierungen der verschiedenen Länder von Zeit zu Zeit gemachten „Enthüllungen" sobald nicht zur Ruhe gelangen dürfte, sei an dieser Stelle zur Frage der Kriegsschuld ein Wort gesagt, daß sich doch vielleicht durch den Vorzug auszeichnet — falls diese Annahme nicht allzu unbescheiden ist —, ein einigermaßen neues Aussehen zu tragen.

Man hat so oft in den letzten Jahren, Monaten, Wochen das mehr oder minder tiefgründige Wort gehört: Wenn das Marx erlebt hätte, er würde sich im Grabe herumdrehen. Nun dürfte nichts für verkehrter erachtet werden als dieses starre Festhalten an der Doktrin, das höchst unsozialistisch ist, weil es den Entwicklungscharakter der Menschheitsgeschichte übersieht, und doch erscheint mir der Einwurf, sofern man ihn bei einer Prüfung der Kriegsursachen erhebt, nicht ganz jeder Berechtigung zu entbehren.

Was hat uns denn Marx über Kriege, über feindliche Zusammenstöße usw. gelehrt? Wir danken ihm die fundamentale Erkenntnis, daß der gesamte Bau der Gesellschaft auf ihrem wirtschaftlichen Unterbau beruht. Er hat uns gelehrt, die politischen Ereignisse als Ausflüsse der jeweiligen wirtschaftlichen Konstellation des jeweiligen Landes anzusehen. Wenn wir nun von Kriegsschuld und Kriegsursache sprechen, so müssen wir diese beiden Fragen naturgemäß unter Zugrundelegung dieses marxistischen Gesichtspunktes aus zu beantworten suchen.

Die heutige — kapitalistische — Wirtschaftsform beruht auf der anarchistischen Produktionsweise, d. h. es wird nicht dem jeweilig vorhandenen Bedarf entsprechend produziert, sondern der einzelne Unternehmer produziert je nach der gerade bei ihm vorhandenen Menge an Kapital, an Betriebskräften, mögen diese nun menschlicher (Lohnarbeiter) oder mögen sie mechanischer (Maschinen) Art sein. Die von ihm produzierten Waren werden auf den Markt geworfen, dort treffen sie mit anderen Waren zusammen, auf demselben Markt befinden sich die Konsumenten, die je nach Bedarf sich mit den vorhandenen Waren eindecken. Nun wird aber, wie schon bemerkt, nicht dem Bedarf entsprechend produziert, sondern die Produktion erfolgt auf Grund ganz anderer Anlässe, lediglich vom Unternehmer-Gesichtspunkt aus, d. h. in individualistischem Sinne ist unser Wirtschaftssystem geleitet, nicht aber in kollektivistischem, das gleichbedeutend mit einem sozialistischen wäre. Nach der Marxschen Krisentheorie, die wir bei aller Kritik als die treffendste seiner großen Theorien bezeichnen können, wird nun jahraus jahrein von der Kapitalistenklasse ein Uebermaß von Waren produziert, es entsteht der Dauerzustand der Warenproduktion, und es kommt der Augenblick, wo der Kapitalist mit seinen Waren im Inland nichts mehr anzufangen weiß — ein völlig wahnsinniger Zustand, wenn wir bedenken, das trotz der ungeheuren Masse vorhandener Mehrprodukte großen Bevölkerungsteilen die notwendigsten Lebensunterlagen fehlen. Nun hat — wie uns Marx gleichfalls gelehrt hat — das Kapital einen doppelten Charakter: es ist national, soweit es sich um den Schutz seiner individuellen Interessen handelt, und es ist zugleich international, soweit es innerhalb der nationalen Schranken nicht hinreichende Befriedigung seiner Ansprüche findet. Jetzt begibt sich das Kapital auf die Suche nach neuen Absatzgebieten; es überwindet die nationalen Grenzen und wandert ins Ausland. Inzwischen aber hat das Kapital der ausländischen Kapitalistenklasse ein ähnliches Schicksal gehabt: es hat gleichfalls im eigenen Lande nicht genügend Ausdehnungsmöglichkeiten gefunden und sah sich zur „Auswanderung" gezwungen.

Nun geht folgender Vorgang vor sich: Die Kapitalmassen sämtlicher Länder suchen die Absatzgebiete, die ihnen die beste Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele gewähren. Hier liegt der Keim für alle Kolonialpolitik sämtlicher Völker. Das internationale Kapital aber ist klug; es erkennt alsbald, welche Länder noch der Ausbeutung harren, und auf diese stürzt es sich wie der Geier auf seine wehrlosen Opfer. Jetzt beginnt ein zähes Ringen zwischen den beiden oder den vielen Kapitalmassen der einzelnen Länder, die wir bildlich mit Kreisen vergleichen können, die, anstatt friedlich nebeneinander ihre Bahn abzulaufen, sich gegenseitig durchkreuzen und hierdurch in Konflikt miteinander geraten. Die letzte Austragung dieses Konfliktes nun ist der Krieg. Er ist der Beweis dafür, daß die ringenden Kapitalmächte aneinander derartig starke Gegensätze vorgefunden haben, daß eine andere Austragung als mit den Mitteln der Gewalt nicht mehr zu denken ist. Ist es aber erst so weit, so ist sämtlichen Regierungen die Möglichkeit entrissen, entscheidend einzugreifen und die Geister, die sie riefen und denen sie nur zu willig dienstbar waren, zurückzuholen.

Betrachten wir die Dinge einmal von diesem Standpunkte aus — und dem Sozialisten dürfte diese Betrachtungsweise nichts Neues sein —, dann stehen wir einer Untersuchung der Schuldfrage am Kriege wesentlich skeptischer und nüchterner gegenüber als zuvor. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht einzelne Personen doch ihr gerüttelt Maß von Schuld tragen, denn schon die Unterlassungssünde, nicht alles, auch das Letzte, getan zu haben, um die Zerfleischung Europas unmöglich zu machen oder doch wenigstens aufzuhalten, bedeutet unsägliches Verbrechen. Hieraus wird sich die Untersuchung des Ausschusses der Nationalversammlung zu beschränken haben. Und wenn es ihm gelingt, unbeschadet um Rücksichten auf Personen und Parteien, diese Personen ausfindig zu machen und sie vor dem Staatsgerichtshof verfassungsmäßig zur Verantwortung zu ziehen, so hat der Ausschuß immer noch eine Arbeit geleistet, die, ohne die Bedeutung der Einzelpersonen und ihres Einflusses auf die Entstehung des Weltkrieges zu überschätzen, als bedeutende und kulturfördernde bezeichnet werden darf.

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. Oktober 1919.

* **Verein Arbeiter-Jugend. Freitag, den 10. d. M., abends 7 Uhr findet unsere erste Zusammenkunft im neuen Jugendheim statt. Ein interessanter Vortrag wird den Abend ausfüllen. Alle Jugendfreundinnen und -Freunde müssen es sich zur Pflicht machen, Freundinnen und Freunde unserer Sache mitzubringen. Der Vorstand.**

Sie kommen

nun Tag für Tag aus der Gefangenschaft. Die Bahnhöfe sind mit Guirlanden, Emblemen und Bannern geschmückt. Eine harrende Menschenmenge jubelt ihnen den ersten Willkommensgruß zu. In langen Zügen treffen sie ein: Alte und Junge, Kraftstrotzende und Entnervte. Kisten und Säcke haben sie geschultert; ihre Habseligkeiten, die sie aus den Wirren des Krieges und dem Elend der Front in den Frieden und in die Heimat hinübergerettet haben. Sie schauen nicht roh und nicht vergrämt drein. Nur verwundert. Mit staunenden Augen betrachten sie alles das, was man ihnen entgegenbringt. Sie können sich in das Ungewohnte des herzlichen Tones nicht so gleich hineinfinden. Sie müssen sich erst wieder daheim eingewöhnen.

In den Bahnhofshallen ist alles zum festlichen Empfang vorbereitet. Männer und Frauen mit Schleifen an der Brust oder Binden am Arm laufen erregt hin und her, denn zu ordnen gibt es bis zum letzten Augenblick immer noch etwas. Und dazwischen mit großen und glänzenden Augen die Angehörigen, eines der letzten schon auf deutschem Boden geschriebenen Lebenszeichen der Heimkehrenden in den Händen: Eltern, Kinder, Frauen und Geschwister.

Und dann läuft der Zug ein. Polternd und prustend schnaubt er in die Bahnhofshalle. Männer in buntzusammengewürfelten Monturen lehnen am Fenster. Nervöse, sich nicht mehr beherrschende Hände reißen die Wagentüren auf. Blicke suchen einander und finden sich. Da liegt eine Frau tränenzuckend in den Armen ihres langentbehrten Mannes. Ein altes Mütterchen kann gar nicht aufhören die Hände ihres heimgekehrten Sohnes zu streicheln. Ein aus der Gefangenschaft befreiter Vater hält sein im Kriege geborenes Kind, daß er bisher noch nie von Angesicht zu Angesicht gesehen, in den Armen. Es wird nicht groß gefragt. Es genügt Allen: man hat sich wieder . . .

Dann ordnet sich der Zug der Heimgekehrten. Zur Empfangshalle geht es. Eltern, Kinder und Frauen geben ihnen, nicht von ihrer Seite weichend, das Geleite. Dort prangt alles im herbstlichen Blumenschmuck. Erst gibt es einmal eine Erfrischung. Die Militärkapelle hat ein Lied intoniert. Ein paar Ansprachen werden gehalten. Aber bald ist die kleine Feier beendet. Es geht heimwärts. Die letzten Ketten, die an trübe Jahre und bange Monate erinnern, gleiten. Der Bann ist gebrochen. Die Heimat hat ihre Söhne, die sie so lange entbehren mußte, endlich wieder!

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

(Nach dem Gesetz vom 26. Sept. 1919, ausgegeben in Berlin am 29. Sept., in Halle am 7. Oktober.)

Am 1. Oktober wurde die Wochenhilfe und Wochenfürsorge für Familienangehörige eine Pflichtleistung der Krankenkassen. Außerdem wird sie ausgedehnt auf minderbemittelte Wöchnerinnen, auch ist der Umfang der Leistungen erweitert worden. Wir geben hiermit eine Uebersicht über den Kreis der Anspruchsberechtigten, den Umfang der Leistungen, wobei die eingeklammerten Zahlen die bisherigen Sätze kennzeichnen.

Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe 1. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 50 (25) Mark; 2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1½ M. täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage für 10 (8) Wochen; von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen; 3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 (10) M. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden; 4. so lange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes (75 Pfg.), jedoch mindestens 75 Pfg. täglich einschließlich der Sonn- und Feiertage, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Neben Wochengeld wird Krankengeld nicht gewährt; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.

Für die unter b, c und d nachstehend aufgeführten Gruppen von Anspruchsberechtigten beträgt das Wochengeld 1,50 M., das Stillgeld 75 Pfg. Durch Satzungsbestimmung kann es für die Gruppe d) je bis zur Hälfte des dem Versicherten zustehenden Krankengeldes erhöht werden. Ebenfalls durch Satzungsbestimmung kann für die Kassenversicherten der Wochengeldbezug bis auf 13 Wochen, der Stillgeldbezug bis auf 26 Wochen erweitert werden.

Anspruch auf diese Leistungen haben: a) die Kassenversicherten; b) die versicherungsfreien Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter der Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben; c) die Wöchnerinnen, deren Ehemänner dem Reiche Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisteten, d) minderbemittelte Wöchnerinnen, für die sonst kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht.

Als minderbemittelt gilt 1. eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihres Ehemanns und ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2500 M. nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 250 M.; 2. eine unverheiratete Wöchnerin, wenn ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2000 M. nicht überstiegen hat. Die Vorschrift in Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Die Ansprüche sind bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, in deren Bezirk der gewöhnliche Aufenthaltsort der Wöchnerin liegt und wo eine solche Kasse nicht besteht, bei der Land-Krankenkasse geltend zu machen. Das Gesetz tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. Wöchnerinnen, die vor diesem Tage entbunden worden sind, erhalten vom 1. Oktober ab das Wochen- und Stillgeld nach diesem Gesetze, jedoch abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem 1. Oktober 1919 liegenden Zeit. Ist am 1. Oktober 1919 die Bezugsdauer für das Wochengeld oder das Stillgeld nach anderen Vorschriften, nicht aber nach dem vorliegendem Gesetz abgelaufen, so sind der Wöchnerin diese Leistungen bis zum 1. Oktober 1919 weiter zu gewähren.

Kleines Feuilleton.

In Erwartung.

„Mutter, was weint der Wind so sehr."
„Er weint um des Vaters Wiederkehr!"

„Mutter, was ziehen die Wolken so tief?"
„Sie wissen: Vater schrieb lang keinen Brief!"

„Mutter, wie grau der Nebel ist!"
„Ist Vater gefangen? Ist er vermißt?"

„Mutter, es tröpfelt an Fenster und Tür!"
„Regen und Tränen! Wär' Vater nur hier! . . ."

„Mutter, wie früh die Dämmerung spinnt!"
Die Mutter seufzt: „Sei ruhig mein Kind!"

Die beiden Alten.

Ein Menschenalter hindurch hatten sie Schulter an Schulter im politischen und im beruflichen Kampfe gestanden. Die Revolution hatte sie getrennt. Nun hatte es der Zufall gefügt, daß sie sich wiederfanden. Erst sahen sie sich verstohlen von der Seite an. Dann reichten sie sich die Hand. Zunächst wortlos. Sie fühlten nur, daß es die alten arbeitskrummen, schwieligen Finger waren, die sie sich so oft in früheren Jahren gereicht. Dann tropften langsam ein paar Verlegenheitsworte. Fragen nach dem Ergehen der Angehörigen, nach dem allgemeinen Befinden. Und da wurden auch die Herzen warm. Schmeicheleien hatten sie sich nicht zu sagen. Nur daß der eine nicht gerade jünger, der andere nicht gerade wohlgenährter geworden sei. Und aus dem Persönlichen wuchs der Ausblick auf die allgemeine Lage. Ohne Erregung sprachen sie, ohne Voreingenommenheit. Einer wußte vom andern, daß er es ehrlich mit seiner Ueberzeugung meine. Nicht den gleichen Weg mochten sie gehen, aber zum gleichen Ziele wollten sie. Und da fanden sie gar bald, daß sie doch gar nicht so grundverschieden dachten. Irgend ein paar Schlagworte hatten sie aufeinander gehetzt, hatten sie entzweit. Sie sprachen das nicht aus. Aber instinktiv fühlten beide, wie es um sie stand, wie das Eis zu schmelzen begann und sich wieder eine Brücke vom Herzen zum Herzen baute.

Sie spannen ihre Unterredung nicht unnötig lange aus. Sie wußten, daß sie sich wiedergefunden hatten und sich nun voraussichtlich nicht wieder verlieren würden. Irgend einer Verabredung bedurfte es nicht. Jeder würde dem Zufall fortan zu Hilfe kommen, und der würde sie sicher gar bald wieder treffen lassen. Der Händedruck, mit dem sie sich verabschiedeten, war kurz und herzlich. Und es war gut, daß es dunkel geworden war, denn in jedem Augenpaar lag zuviel Glanz, als daß er nicht leicht hätte zum Verräter der stillen Freude werden können, die in den alten Herzen aufgeflammt war. Jeder schritt seinen Weg, ohne sich umzuschauen. Aber seine Ohren lauschten scharf auf den Schritt des andern — jenen altbekannten, müden, leicht schlürfenden Arbeiterschritt, der auf einsamer Straße lange klackt und hallt . . .

Das Schicksal der Universität Straßburg.

Die weitere Entwicklung der Universität Straßburg, die unter der deutschen Herrschaft so reich blühte, macht den Franzosen augenscheinlich große Sorge. Die Zahl der Studierenden, die sich früher auf 8000 belief, ist auf 800 herabgegangen, und diese Zahl wird von französischen Sachkennern als die höchste bezeichnet, die überhaupt aus dem Besuch von Elsässern zu gewinnen ist. Die Lothringer, die bisher in Straßburg studierten, werden sich nunmehr nach Nancy wenden. Mit dieser Besuchsziffer sinkt Straßburg zu einer der kleinsten französischen Universitäten herab. Man will daher dem so rasch erschlafften Körper der Universität neues Blut zuführen, indem man in den verbündeten und neutralen Ländern Propaganda macht. Die Times hat ja schon die englische Jugend aufgefordert, in Straßburg zu studieren. Um aber einen größeren Anreiz für den Besuch zu gewinnen, macht Andre Hallays in der Revue des Deux Mondes den Vorschlag, das Wissensgebiet der Hochschule zu spezialisieren. Eine solche Spezialisierung ist ja bereits in verschiedenen französischen Provinzuniversitäten durchgeführt. Man studiert die keltische Sprache und das keltische Altertum in Rennes, spanische Geschichte und Sprachwissenschaft in Bordeaux oder Toulouse, Italienisch in Aix oder Grenoble. Straßburg soll für das Studium des Deutschen ausgestaltet werden. Der Boden ist dafür besonders günstig, da man sich ja auf der Straßburger Universität in deutscher Umgebung befindet. Die auswärtigen Studenten, die in Straßburg die deutsche Sprache und die deutsche Kultur lernen können, brauchen nicht nach Deutschland zu gehen, und so hofft man, aus Straßburg eine Konkurrenz für Berlin und München zu machen. „So nahe der Grenze," sagte Hallays, „werden wir uns ausgiebig über die Gedankenwelt, die Arbeiten und Forschungen der Deutschen unterrichten können; wir werden daraus Nutzen ziehen, aber mit dem festen Entschluß, niemals ihre geistigen Methoden anzunehmen. Bei uns und unter uns werden wir auf französische Art arbeiten."

250 Volkshochschulen sind bereits im Laufe dieses Jahres ins Leben gerufen worden. Neue sind ständig in der Gründung begriffen. Das Arbeitsamt für Volkshochschulwesen, das dem Deutschen Volkshausbund e. V. angegliedert ist, hat es sich zur Aufgabe gemacht, das gesamte Material über die verschiedenen Arten der Volkshochschulen zu sammeln und auf Grund seiner Erfahrungen und Ziele Anregungen auf dem Gebiete der Volkshochschularbeit zu geben. Die Mitteilungen des Arbeitsamtes werden in der Zeitschrift „Die Freie Volkshochschule" im Volkshausverlag veröffentlicht. Ueber die Volkshochschulbewegung gibt das Arbeitsamt für Volkshochschulwesen, Wilmersdorf, Sigmaringerstraße 16, jegliche Auskunft.

Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus. Unter diesem Titel erscheint in den nächsten Tagen im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts" eine 32 Seiten starke Schrift von Friedrich Stampfer, in der die Frage untersucht wird, ob die neue Verfassung der deutschen Republik wirklich ein Hindernis für den Aufstieg der Arbeiterklassezum Sozialismus sei, wie dies von unabhängiger und kommunistischer Seite behauptet wird. Der Verfasser kommt auf Grund ausführlicher Beweisführung zu dem Ergebnis, daß eine solche Behauptung nur aus krasser Unkenntnis der Verfassungsbestimmungen erhoben werden kann. Im einzelnen wird gezeigt, wie die Arbeiterklasse durch die Anwendung der Machtmittel, die ihr die Verfassung in die Hand gibt, zu ihren letzten Zielen gelangen kann. Die Schrift vermittelt ihren Lesern eine genaue Kenntnis derjenigen Verfassungsbestimmungen, die für die sozialwirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung sind, und liefert damit Grundlegendes zur Beantwortung der Frage, ob die Politik der Arbeiterklasse den Weg friedlicher Machtentwicklung oder den des Bürgerkrieges gehen soll. Der Preis dieser Schrift beträgt 1 Mark.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, gelangt der Schwank „Die Rutschbahn" von Gordon und Götz zur Erstaufführung. Freitag geht Meyerbeers Oper „Die Hugenotten" in Szene. Sonnabend „Martha", Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung „Heimat", Sonntag abend „Die Zauberflöte". Montag „Carmen".

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr als Gastspiel des Stadttheaterpersonals das Lustspiel „Die verlorene Tochter" von Ludwig Fulda zur Aufführung.

Curt Olfers Operettengesellschaft im Apollotheater. Von Presse und Publikum gleich gut aufgenommen, hat „Der liebe Augustin" mit Dominik Löscher und Max Willenz als Gäste noch nichts von seiner Zugkraft verloren. Am Sonntag, den 12. Oktober, nachm. 3½ Uhr gelangt „Der Trompeter von Säkkingen" mit Hans Forstner in der Titelrolle als Familien- und Jugendvorstellung bei kleinen Preisen zur Aufführung. Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet und wird dem Publikum zur Erlangung guter Plätze von 9—1 und 5—½7 Uhr, Sonntags ununterbrochen, empfohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0005

Beim Antrag auf diese Leistung ist der Krankenkasse einzureichen: a) die Geburtsurkunde für das neugeborene Kind, b) für Minderbemittelte (Gruppe 3) die Mitteilung über die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer für das der Entbindung vorhergehende Jahr und ein amtlicher Nachweis über die Zahl der vorhandenen Kinder unter 15 Jahren.

Die Vorstände der Krankenkassen können beschließen, statt der baren Beihilfen zu den Kosten der Entbindung und zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden freie Behandlung durch Hebammen und Aerzte, sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren. Sind die Wöchnerinnen bei mehreren Kassen versichert gewesen, so tragen diese Kassen die Kosten gemeinsam. Die Kosten für die Kassenversicherten werden von den Krankenkassen, die Kosten für versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter usw. werden den Kassen zur Hälfte durch das Reich erstattet.

Nachdem durch dieses Gesetz der § 1542 dahin erweitert worden ist, daß auch in dem Falle der Schwangerschaft die Ersatzpflicht Dritter gegenüber den Kassen eintritt und dieser Anspruch auf das Reich in Höhe der von ihm zu erstattenden Beiträge übergeht, wird der Vater des Kindes einer unverheirateten Wöchnerin zum Ersatze der Entbindungs- und sonstigen Kosten herangezogen werden müssen. Dabei ist die Erstattungspflicht auf unterhaltspflichtige Verwandte ausgedehnt worden. Beide (der Vater des Kindes und die Verwandten) haften dem Reiche als Gesamtschuldner.

Den Kriegswöchnerinnen wird, wenn deren Männer keine Kriegs- usw. Dienste mehr leisten, die Wochenhilfe unverkürzt weiter gezahlt und die Zeit zwischen der Beendigung des Krieges und der Entlassung aus dem Kriegs- usw Dienste gleich gerechnet.

Alle Wöchnerinnen der vorbenannten vier Gruppen, die am 10. Juli oder später entbunden worden sind, können sonach Ansprüche auf Grund dieses Gesetzes geltend machen.

Dasselbe Gesetz läßt die Erhebung von Beiträgen bis zu 10 (6) vom Hundert des Grundlohnes zu, so daß die Versicherten bis zu 7½ (4½) Proz. des Grundlohnes herangezogen werden können.

Kohlennot, St. Bureaukratius oder was sonst?

Die Kohlennot ist eine richtige Volksnot geworden. Aus allen Kreisen der Bevölkerung ertönen bange Fragen, was wohl der Winter bringen wird, wenn Kohlen, Licht und Feuer ausgehen. Die Kohlenverteilungsstelle muß nun das Wenige, der Stadt zustehende Quantum gerecht und gleichmäßig verteilen, so daß das schwere Joch der Kohlennot auf die Schultern aller Mitbürger geladen wird. Das dem aber nicht so ist, und viele Keller, besonders in den Villenvierteln, schon jetzt voll sind und des öfteren weitere Zufuhren erhalten, im Gegensatz dazu die Keller der Arbeiterviertel eine gähnende Leere zeigen, ist schon kein Geheimnis unter der hiesigen Bevölkerung mehr. Das Gleichgewicht betr. Verteilung der Lasten ist schon jetzt bedenklich zugunsten kapitalkräftigerer „Mitbürger" verschoben und nun sollen mit Hilfe des hiesigen Bureaukratius, der auch die hallische Kohlenverteilungsstelle in seinen Klauen hält, weiter „Bevorrechtigte" geschaffen werden. Bei Verteilung der neuen Anteilscheine zeigt es sich, daß Verbraucher, die sich von der Grube aus ihre zustehende volle Menge (15 Ztr.) schon angefahren haben und ihr Quantum als sogenannte „Selbstversorger" für den Winter also ganz haben, jetzt nochmals für ihr volles Quantum (15 Ztr.) Marken bekommen, so daß sie doppelt bedacht werden. Durch diese Wirtschaft muß naturgemäß ein großes Loch entstehen und viele Familien werden letzten Endes ganz leer ausgehen. Liegt hier eine Verfehlung irgend einer Stelle vor? Hat der bureaukratische Zopf irgendwo ein Tüpfelchen vergessen hinzukleben oder was ist es sonst? Die Erregung unter den Einwohnern ob dieser Ungerechtigkeit ist groß.

Hier tut eine genaue Untersuchung und sofortige Abstellung des Mißstandes, daß ein Teil der Bevölkerung doppelt mit den so knappen Kohlen beliefert wird, während der andere Teil schließlich gar keine bekommt, dringend not. Nur durch ausgleichende Gerechtigkeit und nicht durch Verständnislosigkeit ist die schwere Kohlennot zu lindern. Vielleicht richten unsere Stadtväter einmal ihr Augenmerk auf diese sehr wunde und gefährliche Stelle in unsrem Verteilungsgetriebe, denn was jetzt vor allem überall und besonders in der brennenden Frage der Kohlenversorgung vor allem not tut, ist Zuverlässigkeit und Gerechtigkeit.

Erhöhung des Strompreises für elektrisches Licht.

Der Magistrat schreibt uns:

Gemäß dem III. Nachtrag zu den Stromlieferungsbedingungen and dem II. Nachtrag zu den Bedingungen für Pauschalanlagen sind für die Monate Oktober bis Dezember 1919 folgende Strompreise und Gebühren zu bezahlen:

45 Pf. für die Kilowattstunde Lichtstrom (§ 4 I),
23 Pf. für die Kilowattstunde Kraftstrom (§ 4 I),
75 Pf. für die Kilowattst. Lichtstrom f. Wohnungen (§ 4 II),
19 M Jahresgebühr für jede sechzehnkerzige Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungsanlagen und
25,20 M Jahresgebühr für jede Lampe in Pauschalanlagen.

* **Erpresserparagraph und Betriebsrat.** Die Revision des Steigers Peters gegen das wegen Erpressung vom Landgericht Halle über ihn gefällte Urteil vom 9 Monaten Gefängnis ist vom Reichsgericht verworfen worden. Das Volksblatt behauptet, daß hier der Erpresserparagraph gegen den Betriebsrat gewütet habe. Diese Darstellung ist schon deshalb widersinnig, da es zu dieser Zeit noch keine Betriebsräte gab. Das Volksblatt schreibt, die Arbeiterschaft möge die Augen offenhalten usw. Wir unterstreichen das besonders und raten der Arbeiterschaft, schon deshalb die Augen offenzuhalten, um sich nicht von den Volksblattdemagogen bei jeder Gelegenheit beschwindeln zu lassen. Bis jetzt ist noch kein Betriebsrat vom Erpresserparagraphen belästigt worden.

* **An die Oberschlesier!** Nach dem Friedensvertrage entscheidet eine Volksabstimmung darüber, ob einzelne Teile Oberschlesiens an Posen fallen oder bei unserem Vaterlande bleiben. Es handelt sich um die Kreise Namslau, Kreuzburg, Rosenberg, Oppeln Stadt und Land, Groß Strehlitz, Lublinitz, Gleiwitz Stadt, Tost-Gleiwitz, Tarnowitz, Beuthen Stadt und Land, Königshütte Stadt, Hindenburg (früher Zabrze), Kattowitz Stadt und Land, Pleß, Rybnik, Ratibor Stadt und Land, Cosel, Leobschütz und Neustadt. — Stimmrecht haben alle Personen beiderlei Geschlechts, die über 20 Jahre alt und in diesen Gebieten geboren sind, auch wenn sie nicht mehr dort wohnen. Wer vor dem 1. Januar 1901 geboren ist und nach seinen Kräften verhindern will, daß seine heimatliche Scholle unter polnische Herrschaft fällt, wird gebeten, sich beim Magistrat der Stadt Halle (Büro VIII, Gr. Berlin 11) zu melden, damit ihm rechtzeitig die weiteren Aufklärungen erteilt werden können.

* **Ein Arbeiterrat gegen den Schnapsteufel.** In Hagen hat der Arbeiterrat ein Flugblatt verteilt folgenden Inhaltes: „Die Vorstände sämtlicher Organisationsrichtungen, Angestellten- und Beamtenvereine beschlossen in einer Versammlung: Sämtliche Wirtschaften, in denen Brennspiritus zu Trinkzwecken verabfolgt wird, zu boykottieren. Dann folgt die Liste von 21 Wirtschaften, die wegen Ausschank von Brennspiritus zu meiden sind. Es heißt dann weiter: Arbeiter! Bürger! Meidet diese Lokale! Boykottbruch ist Streikbruch. Werdet Euch bewußt, welche Pflichten ihr der Gesamtheit schuldig seid. Personen, die aus Habsucht ihre Nebenmenschen vergiften, haben keinen Anspruch auf Unterstützung eines rechtschaffenen Menschen. Klärt die Trinker dieses Giftes auf über das Verbrechen, welches sie an sich selbst und ihren Familienangehörigen begehen. Arbeiter, Bürger, meidet überhaupt den Schnaps.

* **Verschmelzung der Halleschen Aktien-Brauerei mit der Engelhardt-Brauerei.** Am 30. Sept. hat sich die Hallesche Aktien-Brauerei mit der Engelhardt-Brauerei A.-G. Berlin verschmolzen. Die Firmenaufschrift lautet ab 1. Oktober: **Engelhardt-Brauerei Akt.-Gel. Abt. IV Halle.**

Aus der Provinz.

Unterbezirk 5, Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Wir machen die Ortsvereine nochmals auf die Sonntag, den 12. d. M., vormittags 11 Uhr, im Preußischen Hof, Bahnhofstraße Falkenberg stattfindende Unterbezirkskonferenz aufmerksam. Das Erscheinen aller eingeladenen Parteivereine ist Pflicht, weil die Tagesordnung sehr wichtig ist. **Die Kreisleitung.**

An die Ortsvereine des Bezirksverbandes.

Eine Anzahl Ortsvereine hat noch keine neuen Beitragsmarken bestellt. Wir ersuchen, die Bestellung baldigst zu bewirken und dabei soviel Marken zu bestellen, wie voraussichtlich für das laufende Quartal benötigt werden.

Bestellungen sind an untenstehende Adresse zu richten.

Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Halle
R. Drescher.
Halle a. S., Harz 42—44.

Naumburg. Streik der Steinmetzen. Die Steinmetzen sind hier am Montag, den 29. September in den Streik getreten, nachdem die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeiter bezw. Verhandlungen mit denselben abgelehnt hatten. Der Schlichtungsausschuß hat nunmehr einen Schiedsspruch gefällt, wonach ab 1. Oktober eine Zulage von 10 Pfg. und ab 15. Nov. eine weitere Zulage von 15 Pfg. zu zahlen ist. Leider muß hier festgestellt werden, daß es bei dieser kleinen Gewerkschaft an der Solidarität gefehlt hat. Von den 11 am Orte beschäftigten Steinmetzen sind 4 zum Streikbrecher geworden. Davon bekennen sich 3 zur „revolutionären Arbeiterschaft" und sind stramme U. S. (2 sind eingeschriebene Mitglieder, der 3. ist Anhänger der U. S. P.). Ja, ja! Auf die Regierung zu schimpfen und die mehrheitssozialistischen Kollegen „Verräter" zu nennen, ist natürlich leichter, als in Reih und Glied mit seinen Kollegen einen Streik durchzuführen.

Naumburg. Eröffnungsfeier der Volkshochschule. Am Montag, den 29. September, fand hier die Eröffnungsfeier der Volkshochschule im festlich geschmückten Saale des Ratskeller statt. An die 300 Personen waren dem Rufe der Leitung gefolgt und viele mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Nachdem die vereinigten Männerchöre der Stadt (ca. 200 Sänger) durch Mozarts „Weihe des Gesanges" die Feier eingeleitet hatten, erfolgten mehrere Ansprachen. Als erster begrüßte Gen. E. G. Bethge, Vorsitzender des Arbeitsausschusses die Erschienenen. Für ihn ist die zahlreiche Beteiligung ein hoffnungsvolles Zeichen. Er hofft, daß die hiesige Volkshochschule zu einer idealen Bildungsstätte für die gesamte Bevölkerung sich entwickelt. Im Glauben, daß vertieftes Wissen und erhöhte Bildung sittliche Erhebung bedeutet, werden Leiter und Lehrer bestrebt sein, geistige Halbheit und Verflachung von der V.-H. fern zu halten. — Hierauf sprach Prof. Dr. Keßler-Jena über: Aufgaben und Ziele der V.-H. Er führte aus: „Ueberall entstehen V.-H. Ist es eine neue Mode oder eine tiefgreifende Bewegung? Hoffentlich das Letztere. Der Gedanke der V.-H., eine Folge unseres äußeren Zusammenbruchs, erinnert an die Zeit nach 1806 (Fichtes Reden an die deutsche Nation usw.). In Dänemark, nach dem verlorenen Kriege 1864, entstanden die ersten Volkshochschulen. Auch wir werden durch geistige und sittliche Erstarkung wieder vorwärts kommen. Die Arbeiter-Unterrichts-Kurse und Volksvorträge in den Universitäts-Städten vor dem Kriege waren die ersten kleinen Brunnen der Volksbildung. Jetzt geht die Bewegung der V.-H. gleich einem großen Strom durch Deutschland. Etwas Lebenschaffendes kann aber nur entstehen, wenn alle, Lehrer und Hörer, mitwirken. Die Aufgabe der V.-H. soll sein, aufrechte Menschen und starke Persönlichkeiten und eine neue Volksgesittung zu schaffen. Wir waren im Materialismus versunken (d. h. die herrschende Klasse!). Die Sucht nach Putz, Tand, Vergnügen, Essen und Trinken beherrschte die Menschen. Leider sehen wir auch heute noch nicht viel Aufbauendes. (Hier ein Zwischenruf „Sehr richtig, der direkt als Unverschämtheit bezeichnet werden muß!) Die oberen Klassen vor allem müssen die Kluft, die zwischen ihnen und den unteren Klassen besteht, verschwinden lassen. — Hierauf begrüßte Bürgermeister Roloff im Namen der Stadt die Volkshochschule und betonte, daß die Stadt es als Ehrensache ansehen wird, die Bestrebungen der V.-H. zu fördern. — Stadtv. Flöhl sprach als Gewerkschaftskartell-Vorsitzender und betonte, daß in der Arbeiterschaft ein großes Verlangen nach Wissen und Bildung bestehe und wenn die Leitung der V.-H. es verstehe, den Gedanken in die breite Masse zu tragen, wird die V.-H. bestehen und wachsen und zu dem werden, was sie eigentlich sein soll, eine Volks-Bildungsstätte. — Hierauf richtete Prof. Dr. Kaiser namens des Lehrerrates einige Worte an die Erschienenen. Mit der Darbietung des ebenfalls von Mozart vertonten Liedes „Brüder reicht die Hand zum Bunde" fand die wirkungsvolle und erhebende Feier ihr Ende. Möge die Naumburger V.-H. das bringen, was die Feier verheißen hat.

Schkeuditz. Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend abend fand im Saale der Goldenen Sonne eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Volksversammlung statt. Vor der gut besuchten Versammlung sprach Gen. Peter-Elbing, Mitglied der Preußischen Landesversammlung, über das Thema „Deutschlands Zukunft". Den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung bezeichnete der Redner als einen großen Fehler. Er verurteilte die Anfeindung der gegenwärtig am Staatsruder stehenden Männer und sagte: „Personen können heute keine Rolle spielen, das Volk muß es!" Alsdann ging er näher auf die Kapitel Sozialisierungsmöglichkeiten und Betriebsrätegesetz ein. Am Schlusse seines etwa zweistündigen Vortrages warf der Redner die Frage auf: „Wie sind die Errungenschaften der Revolution zu erhalten? Was ist zu tun für Deutschlands Zukunft,", die er dahin beantwortete, daß die reinsozialistische Republik Deutschland erstrebt werden müsse, daß aber zu diesem Ziele nur vorwärts zu kommen sei, wenn das Volk einig auf dem Wege der Demokratie schreite. Der Vortrag wurde mit reichlichem Beifall von der Zuhörerschaft aufgenommen. Auch die, welche anfangs durch lautes Zwischenrufen zu stören versucht hatten, bewiesen hernach durch ihr schweigendes Zuhören, daß auch sie den überzeugenden Ausführungen des Referenten nicht zu widersprechen vermochten. — Die anschließende Debatte gestaltete sich äußerst rege. Bemerkenswert waren die Worte des Stadtverordneten Böhm-Schkeuditz (U. S. P. D.), welcher sich in bezug auf „Einigung der Sozialisten" den Ausführungen des Referenten anschloß und zugab, daß die Unabhängigen bisher positive Arbeit noch nicht hätten leisten können. Er meinte, wenn es auch ohne Demokratie nicht ginge, so müsse doch betont werden, daß in einer Uebergangszeit, wie jetzt, ohne eine Diktatur nicht auszukommen sei. Genosse Hansen-Papitz wandte sich speziell gegen die Zwischenrufer der U. S. P. D. und K. P. D. und widerlegte die lautgewordenen Ansichten bezüglich „Noske" und „Noskegarde" in treffender Weise. — Genosse Wagner-Modelwitz unterstrich die Schlußworte des Referenten und machte anhand von Beispielen auf die Gefahr von rechts aufmerksam. Er ermahnte im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen erneut zum festen Zusammenschluß aller Sozialisten. — Genosse Oelsner-Schkeuditz hatte mehrfach persönliche Angriffe seitens Jerschke- und Böhm-Schkeuditz (U. S. P.) abzuweisen, betonte aber gleichfalls die dringende Notwendigkeit einer Einigung, ehe es zu spät sei. Genosse Hunold-Papitz wandte sich gegen die von Jerschke-Schkeuditz (U. S. P.) erhobenen Vorwürfe gegen die „früheren Gelben", worauf kein Widerspruch mehr folgte.

Eisleben. Anmaßendes Pharisäertum in seltener Reinkultur und ein beneidenswerter Kinderglaube an die Unerschütterlichkeit des augenblicklich im ansfeldischen vorhandenen politischen Uebergewichts der U. S. P. tritt uns in dem ersten Debut volksblattgetreulicher Verdrehungskunst in der Montagsnummer der „Mansfelder Volkszeitung" als Antwort auf unsern **Bericht vom 3. Oktober entgegen. Wir sollen nach Ansicht dieser guten Leute mit unserem Werben für die „Volksstimme" anläßlich des Quartalswechsels auf die Sensationslüsternheit der Leser** spekuliert haben. In richtiges Deutsch übertragen ist damit die Verhinderung jeglicher vernunftgemäßen Aufklärung in den sorgsam gehüteten Jagdgründen der U. S. gemeint. Von dem unsererseits erhofften aber nicht eingetretenen Pressekampf wären wir unangenehm enttäuscht und hätten ganz andere Töne erwartet. Ach nee! Wo steht denn das? Immer bei der Wahrheit bleiben! Weil sich die „Mansfelder Volkszeitung" in Dankesergüssen für unsere Flugblattagitation als für sich helfend ergeht, entgegneten wir, an anderer Stelle ganz andere Töne klingen gehört zu haben. Und das ist so! Diesen Satz nun im vorerwähnten entstellenden Zusammenhang zu gebrauchen, ist wohl der Gipfel der Perfidie! Und dabei noch im gleichen Atemzuge den Kampf für Arbeiterinteressen in den Vordergrund schiebend! Mit solchen Mitteln? Wie liegen denn die Dinge? Erstens mal lebt die unabhängige Presse nur von Angriffen auf die Mehrheitssozialisten und entwickelt in den seltensten Fällen schöpferische Gedanken, zweitens könnten die M.-S. noch so schöne Pläne wirtschaftspolitischer Natur entwickeln, die U. S. würden doch alles verdammen und die Forderungen im Interesse ihrer Parteientwickelung — Volkswohl kommt bekanntlich erst in zweiter Linie — um einige Grade zu steigern! Solche Erkenntnis ist nun nachgerade satsam bekannt und soll nur nebenbei erwähnt werden. Die zweite Blüte der Verschandelung folgt sogleich. Wir hatten unser Erstaunen darüber, durch die politischen Entgleisungen verschiedener U. S. bei der Gemeindevorsteherwahl unsere Vorahnungen übertroffen zu sehen, in die Worte „baff" gekleidet. Vermittelst journalistischer Jongleurkniffe wird dieser Ausdruck ganz anderswo hin lanziert, so daß es dann heißt, als hätten wir unser Erstaunen über die Offenbarung dieser Mißstände durch die Redaktion ausgedrückt. Im Gegenteil, Freude darüber herrschte bei uns! Aber nun kommt die rechte Seite solcher redaktionellen „Leistungen". Wird dadurch vielleicht die so viel geforderte Einigkeit in der Arbeiterfront herbeigeführt, indem jeglicher Vernunft bar die Begriffe auf den Kopf gestellt werden? Jeses mag da ein Gaudi über solche Leistung auf dem Gebiet der Verdrehungskunst in der Redaktion auf dem Klosterplatz geherrscht haben!

Königerode (Harz). Mitgliederversammlung. In der am Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde Gen. Paul Koch zum 1. Vorsitzenden, und Gen. Hermann Schröder zum Schriftführer gewählt. Des weiteren wurde beschlossen, den 9. November durch Aufführung dementsprechender Theaterstücke zu feiern. Am Schluß wurden einige Unregelmäßigkeiten in den hiesigen Arbeiterratsverhältnissen aufgedeckt. Die Unzufriedenheit darüber machte sich in einer sehr erregten Debatte bemerkbar.

Wittenberg. Zusammenschluß der Angestellten. Am 1. Oktober hatten sich die Mitglieder des Z. V. H. und des V. d. B. D. im Balzerschen Saale in Wittenberg versammelt um laut Beschluß der Hauptleitungen dieser Verbände auch hier die Verschmelzung für Wittenberg, Kleinwittenberg und Piesteritz vorzunehmen. Nachdem die Versammlung vom früheren Vorsitzenden des Z. V. Ziegler begrüßt und der Genosse Sonnenburg vom V. d. B. D. die Verschmelzungsgründe dargelegt hatte, wählte man den neuen Vorstand, welcher paritätisch von beiden Verbänden zusammengesetzt wurde. So ist nun die hiesige Ortsgruppe die größte Angestelltenorganisation am Platze. In der Hoffnung, daß es jetzt möglich sein werde, die Interessen aller mit größtem Nachdruck vertreten zu können, und mit der Devise des neuen Verbandes „Einigkeit macht stark", wurde die Versammlung geschlossen.

Piesteritz. Amtsvorsteherwahl. Als Amtsvorsteher für das Amt Kleinwittenberg—Piesteritz wurde im letzten Kreistag Gemeindevorsteher Kunz-Piesteritz (U. S. P.), als Stellvertreter Dr. Nottebohm-Pisteritz gewählt. Die Bildung eines eigenen Amtsbezirks Piesteritz ist noch nicht spruchreif. Auch in den übrigen Amtsbezirken haben große Personalveränderungen stattgefunden. Zu Kreisdeputierten wurden gewählt v. Leipzig-Kropstädt, Schaper-Kleinwittenberg. Als Kreistagsabgeordnete für den ländlichen 3. Bezirk wurden die gewählten Herren Schaper (U. S. P.), Kleinwittenberg, Zimmeck-Elster, Zipperling-Wiesigk und Müller II-Appellensdorf bestätigt und in ihr Amt eingeführt.

Kleine Nachrichten. Von der Polizei in Wittenberg wurden Körbe mit der Aufschrift „Fische" geöffnet, und dadurch eine Fleischschiebung einer bekannten Fischerfrau aus Pretzsch entdeckt. — In Wittenberg sind Spiritusschiebungen aufgedeckt, die von größeren Werken in erheblichem Umfange eingeleitet waren. Es wurden bereits eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. — In Bielen wurde ein Militärinvalide, der einen zudringlichen Hausierer abweisen wollte, von demselben durch einen Stich ins Herz getötet. — Ein Kaufmann in Halberstadt versuchte sich und seine Frau aus Schwermut durch mehrere Revolverschüsse zu töten. Beide wurden schwer verletzt aufgefunden. — In Schotteren fand ein Landwirt auf seinem Felde 5 Rucksäcke mit 70 Pfund Fleisch, das von einem Einbruch herrührte. — In Lauchstedt erschoß der Arbeiter Schwabe seinen Hauswirt, den Schneidermeister Schmidt in der Rotwehr.

Gewerkschaftliches.

Internationale Arbeitersolidarität.

Man spricht so viel vom Haß der Franzosen gegen die Deutschen. Unter den klassen- und zielbewußten französischen Arbeitern ist für ihn so wenig Platz, wie unter den deutschen Kollegen gegenüber den Franzosen. Das zeigt am besten der folgende Brief, der dem Zentralvorstande des Steinsetzerverbandes vom Zentralkomitee des französischen Bauarbeiterverbandes aus Paris zugegangen ist:

„Im Namen unseres Zentralkomitees erfülle ich die angenehme Pflicht, Sie hiermit zu unserm nationalen Kongreß einzuladen, der vom 16. bis 22. November 1919 in Tours, im Departement Indre-et-Loire, stattfinden wird.

Wir würden glücklich sein, Sie unter uns zu wissen. Ihre Anwesenheit wird zum Vorteil der Verhandlungen der Bauarbeiter Frankreichs gereichen, insbesondere nach der entsetzlichen Qual, die die Menschheit eben noch erschütterte und die internationalen Beziehungen zerstörte.

In der Hoffnung auf Ihre Antwort empfangen Sie, Kamerad, den Ausdruck unserer brüderlichen Gefühle."

Die deutsche Arbeiterschaft begrüßt mit lebhafter Genugtuung das Wiedererwachen der internationalen Beziehungen der sozialistischen Arbeiterbewegung, und diese Freude ist um so größer, als die obige Kundgebung klar vor Augen führt, daß die „unabhängigen" Versuche, die internationale Arbeiterbewegung auf das Niveau der Sektiererei herabzudrängen, in Frankreich allem Anschein nach wenig Anklang finden.

Aus aller Welt.

Frankfurt a. M. Die Kohlennot. Wie einige Blätter melden, ist die Zuführung elektrischen Stromes in der Rheinpfalz wegen Kohlenmangels eingestellt. Alle Betriebe, auch die Straßenbahn stehen still, die Zeitungen können nicht erscheinen.

Madrid. Schwere Unwetter. Ganz Spanien, besonders die Provinzen Valencia und Murcia, werden von Sturm, Regen und Hagel heimgesucht. Der Eisenbahndienst ist fast vollständig unterbrochen. Nahezu die gesamte Provinz Valencia steht unter Wasser. Die Lage in der Stadt Cartagena ist sehr kritisch. Sie ist vollständig von Wasser umgeben. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191009-10/fragment/page=0006